Mittelstands Magazin



INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Innenminister Friedrich: Sicherheit im Internet

EUROPA

Transfer-Union verhindern

SERVICE

Golfen in Georgia



NEU

Für alle Sylt-Liebhaber!



Das klassische Insel-Magazin

- ► Informativ
- **▶** Kritisch
- ▶ Unabhängig

Mit schönen Geschichten hinreißenden Fotos packenden Tierreportagen.

Mit einem tiefen Blick in die Töpfe der Sylter Sterne-Köche.

Mit Berichten über Künstler und Komiker, Prominentes und Provinzielles, Neues und Traditionelles.

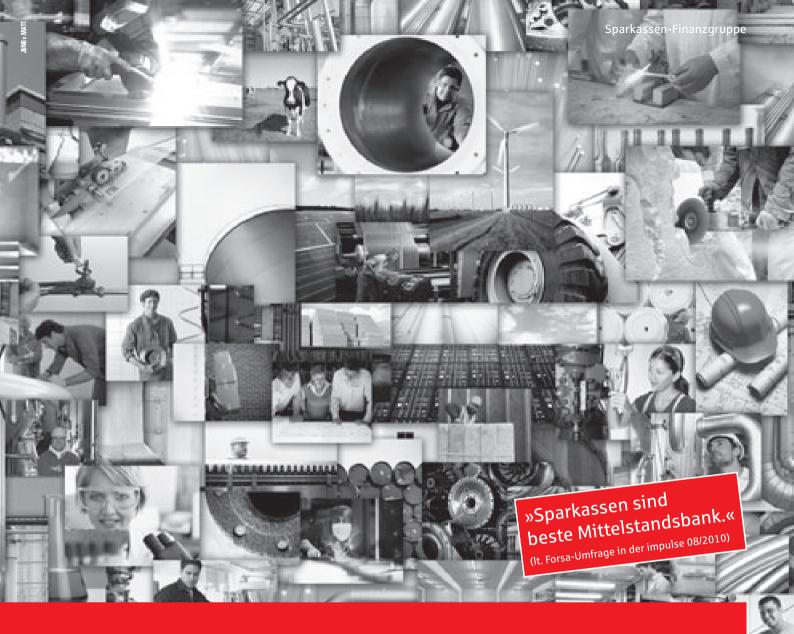
Mit einem Extra-Freizeit-Magazin: ... für die Westentasche mit Hunderten von Tipps ...

Erhältlich überall auf der Insel und in 4.000 Verkaufsstellen in Deutschland. E-Mail: bestellung@syltmagazin.de · www.syltmagazin.de

Ich bestelle das Sylt Magazin 2011		
Name:	Vorname:	_
Strasse:		_
PLZ:	Wohnort:	_
Ich lege 10,- Euro i	Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)	

Bestellen Sie Ihr persönliches Sylt Magazin zur informativen und stimmungsvollen Vorbereitung auf Ihren Sylt-Urlaub.

Sylt Magazin Gärtnerkoppel 3 24259 Westensee



Wir finanzieren den Mittelstand.

Nutzen Sie das Sparkassen-Finanzkonzept für Firmenkunden.



Managen Sie Ihre Finanzen clever mit dem Sparkassen-Finanzkonzept. Als einer der größten Mittelstandsfinanzpartner bieten wir unseren Kunden kompetente und umfassende Beratung. Von Investitionsfinanzierung über Risikomanagement bis hin zur Nachfolgeregelung: Wir finden für jedes Anliegen die maßgeschneiderte Lösung. Testen Sie uns jetzt! Mehr Infos bei Ihrem Sparkassenberater oder auf www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

Die Seite-4-Karikatur



Berliner Feverwehr

Weisheiten / Bosheiten

In dieser Ausgabe weichen wir ausnahmsweise von unserem Schema der Manager-Weisheiten und -Bosheiten ab und präsentieren unseren Lesern beides gemischt – entnommen dem berühmten Springer-Kalender aus unserer Redaktion

Ein Diplomat ist ein Mann, der sich stets an den Geburtstag einer Frau erinnert, aber nie an ihr Alter.

Abba Eban, isreal. Politiker

Ärzte haben es am besten von allen Berufsgruppen: Ihre Erfolge laufen herum und ihre Misserfolge werden begraben.

Jacques Tati, franz. Schauspieler

Ich habe alle Geschichten aus meinem eigenen Leben so oft erzählt, dass ich bereits selbst anfange, mir zu glauben.

Harald Schmidt, Kabarettist

Nur im Wörterbuch steht Erfolg vor Fleiß.

Vidal Sassoon, brit. Friseur und Unternehmer

Manche Chefs braucht man nicht zu parodieren. Es genügt, dass man sie zitiert.

Robert Neumann, österr. Schriftsteller

Die Zahl derer, die durch zu viele Informationen nicht mehr informiert sind, wächst.

Rudolf Augstein, Journalist

Ich fliege irgendwo in den Süden – vielleicht nach Kanada oder so.

Mehmet Scholl, Fußballspieler und TV-Kommentator

DENK ICH AN DEUTSCHLAND IN DER NACHT,...

"Denk ich an Deutschland in der Nacht, Dann bin ich um den Schlaf gebracht."

Heinrich Heine brachte nach Jahren im Pariser Exil mit diesen Zeilen die Sehnsucht nach seiner deutschen Heimat zum Ausdruck.

Heute bekommen diese Zeilen einen anderen Sinn.

Die Sorgen beginnen bei der eigenen Partei. Die CDU hat kein gro-Programmprob-

lem! Ihr Problem ist die Führungselite, die im Regierungshandeln diese Programme zu oft negiert. Die Partei soll dabei mitgenommen werden. Sie mutiert zum unbequemen Beifahrer auf einer Fahrt, bei der die Richtung unbekannt ist.

Die Wehrpflicht wurde im Schnellverfahren gekippt. Zurück bleibt eine kleine Berufsarmee, die den sicherheitspolitischen Herausforderungen der nächsten 20 - 30 Jahre nicht entsprechen kann.

Auch die Libyen- Entscheidung in der UN war kein Ruhmesblatt.

Die Eile mit der die sog. Energiewende, die in wenigen Wochen durch das Parlament gejagt wurde, konnte kein Vertrauen schaffen. Es wird dabei hohes Risiko gefahren. Und eine Fahrt durch unser Land gibt schon heute einen Vorgeschmack auf die Zerstörung unseres Landschaftsbildes.

Das Regierungshandeln in der Eurokrise widerspricht allem, was bei der Euroeinführung versprochen wurde. Die Rettung des Euro um fast jeden Preis ist auch als Drohung zu verstehen! Mit jedem Rettungspaket rückt die Transferunion näher. Die Deutschen aber wollen sie nicht. Sie schadet fundamental ihren Interessen.



Jürgen Presser ist stellv. Bundesvorsitzender der MIT

Und niemand soll dabei auf die Opposition hoffen. Linke, SPD und Grüne frönen einem europäischen "Schuldensozialismus", in dem alle gleich arm sind.

Auch ein Kanzler Steinmeier oder Steinbrück. würde die Transferunion vollenden und auch sonst linken Unsinn mit den Grünen umsetzen. Und leider haben allzu viele vergessen, aus welchen extremen K- Gruppen

Trittin und Co hervorgegangen sind.

Zu Schwarz- Gelb gibt es wohl keine Alternative. Aber wie will die FDP für bürgerliche Liberale wählbar sein, wenn eine "anarcholiberale" Justizministerin, die ihren Dackel Martin Luther nannte, nun die klassische Institution der Ehe zerstören will?

Und CDU-Politiker, die schon mit Trittin als Vizekanzler liebäugeln, sollten wissen, dass dies einen Teil der Union wegsprengen könnte.

Sollen Konservative resignieren? Nein! Die CDU ist keine nur konservative Partei. Konservative hatten in ihr immer Platz und haben sie als Volkspartei mitgestaltet. Heute fühlen sie sich oft nur noch geduldet.

Zeigen wir also denen, die uns als Relikte des kalten Krieges diffamieren, dass wir gelernt haben zu kämpfen: Für ein freies, starkes Deutschland in einem starken Europa, in dem die Menschen gut und selbstverantwortlich leben können. Und das müssen wir jetzt wieder tun.

Dann gilt auch der 6. romantisch empfundene Vers in Heines "Nachtgedanken" weiter:

"Deutschland hat ewigen Bestand, Es ist ein kerngesundes Land, Mit seinen Eichen, seinen Linden Werd ich es immer wiederfinden."



UNICEF lässt die Kinder nicht allein bitte helfen Sie mit!

Spendenkonto 300 000 Bank für Sozialwirtschaft Köln BLZ 370 205 00

Online spenden: www.unicef.de





Ruth Pfau – Lepra-Ärztin und Ordensfrau in Pakistan

Jedes Jahr erkranken weltweit **250.000 Menschen** neu an Lepra.

Helfen Sie mit Ihrer Spende.

SPENDENKONTO 96 96 BLZ 790 500 00

Mariannhillstr. 1c 97074 Würzburg Tel: 0931 7948-0 E-Mail: info@dahw.de







POLITIK

4 Unsere Seite-4-Karikatur

... ergänzt um einige Kalendersprüche zum Schmunzeln und Nachdenken

5 Editorial

Der stellv. MIT-Bundesvorsitzende Jürgen Presser beleuchtet in gewohnt pointierter Art und Weise die aktuelle Politik

8 Europa auf dem Weg zur Transferunion?

MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann wendet sich entschieden gegen eine Transfer- und Haftungsunion und plädiert für eine grundlegende Lösung der Schuldenkrise einzelner Länder in der Euro-Zone. Bisher werde nur am Symptom herumkuriert

12 Mehr Sicherheit im Internet

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich plädiert für mehr Sicherheit im Internet und unterbreitet dazu auch eine Reihe von Vorschlägen

14 Die CDU diskutiert – wirklich?

Alt gegen jung, Konservative gegen Fortschrittliche, die Debatte in der CDU nimmt seltsame Formen an. Sind wirklich nur diejenigen in der Union noch politikfähig, die sich häuten bis zur Selbstverleugnung?

Beilagenhinweis

Unserer Gesamtauflage liegt eine Beilage der Fa. Schultz bei (www.schultz.de)



WIRTSCHAFT

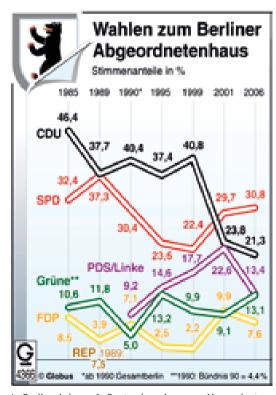
16 Factoring und Leasing

Wir stellen beide Finanzierungsformen dar und arbeiten die Unterschiede heraus

SERVICE

22 Werbung mit Rabatten

Bei der Werbung mit Rabattversprechen ist absolute Vorsicht geboten, denn es lauern eine Menge juristischer Fußangeln im Wettbewerbsrecht



In Berlin wird am 18. September ein neues Abgeordnetenhaus gewählt. Zur Zeit regiert dort eine Koalition aus SPD und der Partei Die Linke



24 Recht im Gespräch

Rechtsfälle, die unsere Leser an uns herangetragen haben – für Sie aufbereitet von unserem Leser-Anwalt

25 Aktuelle Urteile

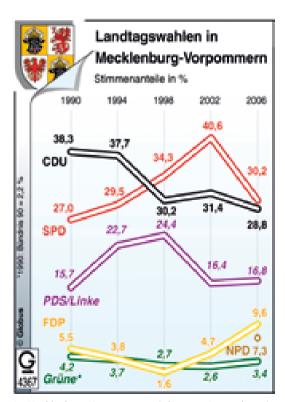
Neue Urteile, die für Mittelständler von Interesse sind

26 Auto-Test

Für Sie gefahren: Peugeot 508

27 Georgia on my mind

Touristisch steht Georgia im Schatten der weitaus berühmteren Südstaaten Florida, Louisiana oder den Carolinas – völlig zu Unrecht, wie wir meinen



In Mecklenburg-Vorpommern wird am 4. September ein neuer Landtag gewählt. Zur Zeit regiert dort eine große Koalition aus CDU und SPD



28 Unsere Sommer-Kolumne

Manfred Degen, Sylter Comedian, nimmt seine nordfriesischen Landsleute aufs Korn oder besser gesagt, auf die Schippe

29 Mut zur Veränderung!

Von Oswald Metzger

MIT-INSIDE

26 Leserbriefe

30 MIT-Inside

Berichte aus dem Leben der Mittelstandsund Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und politische Stellungnahmen zu aktuellen Themen

31 MU-Inside

33 Namen sind Nachrichten

34 Baustelle Berlin

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen über das neue Gesetz zur Geldwäscheprävention und dessen regierungsamtlichen Wahnwitz

34 Impressum

"Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Gemeinsam gegen die Armut auf der Welt."

> Michael Steinbrecher Moderator

Kämpfen Sie mit! www.misereor.de





Mit Zorn und Zärtlichkeit an der Seite der Armen



Krisenländer wie Griechenland können nur mit einem Schuldenschnitt und einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit wieder kapitalmarktfähig gemacht werden

Die vermeintliche Einigung innerhalb der EU zur Lösung der Staatsschuldenkrise Ende Juli währte nicht lange. Schon bald reagierten die Finanzmärkte mit fallenden Aktienkursen, die Ratingagenturen mit weiteren Abstufungen. Anlass für die Zeitung "Die Welt" zu titeln: "Euro-Zone verliert in der Krise die Nerven".

Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann, von Beruf Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwalt, warnt schon seit längerem vor einer Transfer- oder Finanzunion. Nach seiner Meinung brauchen Krisenländer wie Griechenland ein grundlegendes Sanierungskonzept und keine Teillösungen.

Von Josef Schlarmann

Alle bisherigen Rettungsschirme haben die Kapitalmärkte nicht beruhigen können. Das Gegenteil ist der Fall. Es droht die Infektion weiterer Länder, weil es an einem überzeugenden Gesamtkonzept fehlt.

Die Euro-Retter haben bisher versucht, mit Finanzhilfen die Zahlungsfähigkeit der Krisenländer aufrecht zu erhalten. Dies greift viel zu kurz. Die Schuldnerstaaten haben nicht nur ein Liquiditätsproblem, sondern vor allem ein Solvenz-bzw. Bonitätsproblem. Sie sind überschuldet und wirtschaftlich schwach. Mit zusätz-

lichen Krediten wird dieses Problem nur noch verschärft.

Darüber hinaus konzentrieren sich die Rettungsschirme auf den jeweiligen Staatshaushalt, nicht aber auf die ganze Volkswirtschaft. Das Kernproblem der Überschuldung aber liegt in der Schwäche der Wirtschaft und

ihrer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit. Die langjährigen Leistungsbilanzdefizite sind dafür ein deutlicher Indikator. Mit einer restriktiven Haushaltspolitik, die den Schuldnern von der EÛ aufgezwungen wird, wird das Problem nicht gelöst, sondern nur noch größer.

Krisenländer wie Griechenland können nur mit einem Schuldenschnitt und einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit wieder kapitalmarktfähig gemacht werden.

Die bisherigen Maßnahmen kurieren an den Symptomen, beseitigen aber nicht die Krisenursachen, was die Kapitalmärkte beunruhigt. Mit Finanzhilfen kann man nur Zeit gewinnen, aber das Problem nicht lösen. Deshalb sollten alle Rettungsschirme zeitlich befristet werden.

Die eigentliche Krisenursache ist die viel zu hohe Schuldenlast im Verhältnis zur Wirtschafts- und Steuerkraft. Ein Schuldenschnitt, ein sog. Haircut, ist z.B. für Griechenland unausweichlich, um seine Kapitalmarktfähigkeit wieder herzustellen. Daran müssen sich schon zum Schutz des Steuerzahlers auch die privaten Gläubiger beteiligen. Der Euro wird dadurch nicht gefährdet. Dazu ist das Land zu klein, und die Gläubiger haben einen Schuldenschnitt längst eingepreist.

Zu einer dauerhaften Lösung gehört außerdem, dass die Wirtschaft der Krisenländer wieder wettbewerbsfähig wird. Dazu müssen die Staatsquote verringert, die Banken saniert, die Löhne gesenkt und die Märkte liberalisiert werden. Die Verantwortung für solche Reformen liegt bei den Schuldnerländern. Die EU kann nur begleitende Hilfe leisten.

Wenn dieser Weg der "inneren Abwertung" nicht gewollt ist oder scheitert, bleibt den Schuldnerländern nur die Alternative, die Euro-Mitgliedschaft auszusetzen. Der Wechselkurs wird dann dafür sorgen, dass das Land wieder wettbewerbsfähig



Der Weg in die europäische Haftungsgemeinschaft sollte schnellstmöglich gestoppt werden

wird, die Leistungsbilanzdefizite abgebaut werden und Investoren ins Land kommen.

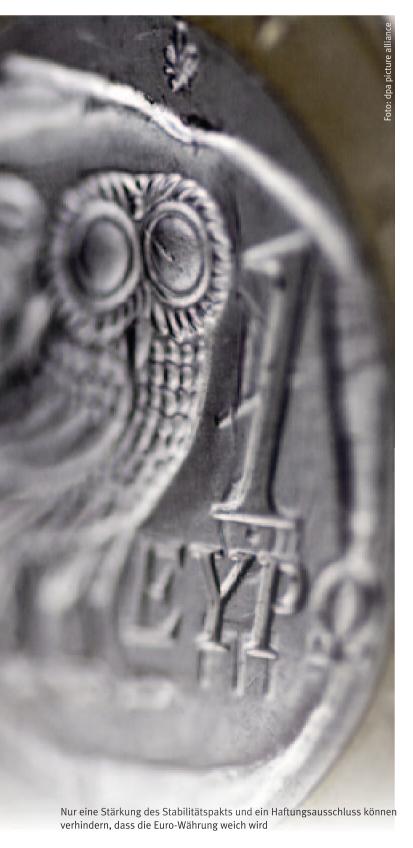


Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der MIT, ist als Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwalt in Hamburg tätig

Es gibt politische Kräfte, die die Finanzprobleme der Krisenländer mit einer europäischen Fiskalunion, d.h. einer Haftungs- und Transferunion, lösen wollen. Dies ist ein Spiel mit dem Feuer. Eine solche Fiskalunion tangiert nicht nur die Haushaltsrechte der nationalen Parlamente, sondern setzt massive Anreize zur Fortsetzung des Schuldenkurses und gefährdet den Prozess der europäischen Einigung. Die schon jetzt virulenten Widerstände in Geberals auch in den Nehmerländern sind nicht zu übersehen.

Die Europäische Union ist kein Staat, sondern ein supranationales Gebilde eigener Art. Ihre fiskalische Dimension ist durch den Stabilitätspakt und das Bail-Out-Verbot, demzufolge weder die Union noch ihre Mitglieder wechselseitig für die jeweiligen Schulden haften, definiert.

Nicht die Fiskalunion ist die Lösung, sondern die Schärfung des Stabilitätspaktes und des Haftungsausschlusses. Die Vergemeinschaftung von Staatsschulden, z. B. durch Eurobonds oder Ankauf von Staatspapieren durch EU-Institutionen, ist der falsche Weg.



RATINGAGENTUREN SIND NICHT SCHULD AN DER EURO-KRISE

Rating-Agenturen sind nicht die Ursache schlechter Nachrichten, sondern deren Botschafter. Die Überlegungen der EU-Kommission, dass Euro-Staaten, die Gegenstand von internationalen Hilfsprogrammen sind, nicht von Ratingagenturen bewertet werden, zeigt die Kopflosigkeit der Euro-Rettungsaktionen. Die Mittelstand- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/ CSU appelliert eindringlich, Euro-Staaten nicht der Bewertung durch Ratingagenturen zu entziehen.

Ratingagenturen analysieren als unabhängige Institutionen die Kreditwürdigkeit von privaten und öffentlichen Schuldnern. Bei Staaten orientieren sie sich dabei an der Wirtschafts- und Steuerkraft und leiten daraus die Schuldendienstfähigkeit ab. Sie geben somit Gläubigern ein objektives Urteil an die Hand, ob ausreichend Bonität vorhanden ist. Damit leisten die Agenturen einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Anlegern und Investoren. Mit einer Aussetzung der Ratings würde eine massive Täuschung von Anlegern in Kauf genommen, da Staaten mit schlechter Bonität indirekt ein Rating von AAA bescheinigt wird.

Der Verzicht auf ein Rating für Staaten in der Eurozone wäre nur dann gerechtfertigt, wenn zwischen den Staaten eine Haftungs- bzw. Transferunion bestehen würde. Die Gläubiger hätten dann die Gewissheit, dass bei Ausfall ihres Schuldners die übrigen Staaten dafür eintreten müssten. Dem steht aber das vertragliche Bail-Out-Verbot entgegen, wonach die Staatengemeinschaft nicht für die Schulden eines Eurostaates haftet.

Wenn von Teilen der EU-Kommission Ratings für Eurostaaten für überflüssig erklärt werden, verfolgen sie damit offensichtlich das Ziel, den Weg zu einer europäischen Haftungsgemeinschaft weiter zu beschreiten. Damit folgen sie der Europäischen Zentralbank (EZB), die Staatspapiere unabhängig von Ratings als Sicherung für Kredite akzeptiert und zwar auf der Arbeitshypothese, dass souveräne Staaten grundsätzlich zahlungsfähig sind. Denkbar ist dies nur unter der Voraussetzung, dass es auf europäischer Ebene unabhängig von der Vertragslage den politischen Konsens gibt, dass jeder Staat zahlungsfähig bleibt, koste es was es wolle.

Dieser Weg in die europäische Haftungsgemeinschaft muss schnellstmöglich gestoppt werden. Er würde weiteren hoch verschuldeten Staaten massive Anreize bieten, ihre Schuldenpolitik zu Lasten anderer Länder in der EU fortzusetzen.

Josef Schlarmann



Extrem sparsam: die neuen Common-Rail-TDI-Motoren mit nur 189 g/km* CO₂ und einem Verbrauch ab durchschnittlich nur 7,2 l/100 km*.

Mit dem neuen Crafter beginnt saubere Arbeit schon auf dem Weg zum Job. Denn seine wirtschaftlichen TDI-Motoren senken die CO_2 -Emissionen auf nur 189 g/km*. Außerdem sorgen sie für einen Kraftstoffverbrauch ab durchschnittlich nur 7,2 l/100 km* – dank Innovationen wie BlueMotion Technology mit Motor-Start-Stopp. Auch die 2+1 Garantie ist neu: die kostenlose Anschlussgarantie für das 3. Betriebsjahr**. Und das bei vollem Leistungsumfang. Denn der neue Crafter ist nicht nur ein Experte für weniger CO_2 -Emissionen. Sondern auch für mehr Zuverlässigkeit.

Der neue Crafter. Gebaut für die extremsten Jobs.







Staatliche und unternehmerische Aktivitäten werden im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum gebündelt



Staat und Wirtschaft ziehen in der Abwehr von Internet-Kriminalität an einem Strang. Doch wenn's um Datenklau geht, wie im Falle der Schweizer Bankdaten, treten Finanzbehörden nur allzu gern als Hehler auf

Von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB

Das Internet ist heute allgegenwärtig. Es ist Innovationstreiber, fördert unsere wirtschaftliche Prosperität und ermöglicht neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe. Entwicklungs- und Produktionsprozesse werden durch das Internet verändert, damit aber auch verstärkt angreifbar gemacht.

Wesentliche Teile unserer Wirtschaft, aber auch die private Kommunikation sind heute davon abhängig, dass unsere Informations- und Kommunikationssysteme funktionieren. Der Ausfall von Informationsinfrastrukturen, möglicherweise verursacht durch einen schwerwiegenden Angriff aus dem Cyber-Raum, kann zu erheblichen Beeinträchtigungen der technischen, wirtschaftlichen

und administrativen Leistungsfähigkeit und damit der gesellschaftlichen Lebensgrundlagen in Deutschland führen.

Vertrauensvolles Zusammenspiel

Eingebettet in ein vertrauensvolles Zusammenspiel zwischen Staat, Wirtschaft und Forschung sind die Gewährleistung von Cyber-Sicherheit und der Schutz kritischer Infrastrukturen prioritäre Aufgaben. Mit der im Februar dieses Jahres beschlossenen Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland hat die Bundesregierung umfangreiche Maßnahmen zum Schutz des Cyber-Raums beschlossen.

Auf Grund ihrer zentralen Bedeutung für die Gesellschaft bedürfen die IT-Systeme kritischer Infrastrukturen, etwa in der Energie-, IKT- oder Finanzbranche, besonderer Schutzmaßnahmen. Staat und Betreiber dieser Infrastrukturen arbeiten daher bei der Absicherung des "Cyberspace" bereits seit 2007 im Rahmen des "Umsetzungsplans KRITIS" auf kooperativer Basis besonders eng zusammen. Diese etablierten Strukturen sowie vorhandene Informations- und Kommunikationswege sollen im Rahmen der Umsetzung der Cyber-Sicherheitsstrategie weiterentwickelt werden. Die Zusammenarbeit soll weiter intensiviert, zusätzliche Branchen sollen einbezogen werden.

Mittelstand oftmals noch zu sorglos

Häufig sind Cyberangriffe aber auch Spionageversuche: Angriffe auf Wissen und Innovation sind eine permanente Bedrohung von Staat und Wirtschaft. Ausländische Staaten und Unternehmen versuchen, mit Hilfe von IT-Angriffen an das wertvolle "Know-how" deutscher Unternehmen zu gelangen.

Diese gezielte Cyber-Spionage ist eine große Gefahr für den Technologiestandort Deutschland. Nicht alle Unternehmen sind sich dieser Gefahr ausreichend bewusst: Während in Großunternehmen häufig bereits Maßnahmen ergriffen werden, ist bei mittelständischen Unternehmen das Gefahrenbewusstsein oft noch nicht hinreichend ausgeprägt.

Die Abwehr von Wirtschaftsspionage über das Internet ist ein gemeinsames Anliegen der Unternehmen und der Sicherheitsbehörden, also des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik. Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterstützt die Unternehmen durch das Sensibilisierungsprogramm "Prävention durch Information" und berät hierbei vertraulich, diskret und kostenlos.



Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, MdB, Mitglied der bayerischen Mittelstands-Union

Chefsache IT-Sicherheit

Einfallstor für Wirtschaftsspionage und -sabotage sind häufig unzureichende Sicherheitsvorkehrungen in den IT-Systemen. Im Mittelpunkt aller Anstrengungen muss daher die Prävention stehen, also die sichere Ausgestaltung der IT-Systeme, der Aufbau eines IT-Sicherheitsmanagements im Unternehmen und die unternehmensübergreifende Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden.

Daher meine dringende Bitte: Machen Sie die IT-Sicherheit in Ihrem Unternehmen zur "Chefsache"! Als eine Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Wirtschaft, von Unternehmern und ihren Mitarbeitern können so Ideen und Innovationen "Made in Germany" zum Wohle aller nachhaltig geschützt werden.

Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB Bundesminister des Innern

Geboren am 10. März 1957 in Naila/Oberfranken; evangelisch-lutherisch; verheiratet, drei Kinder

1978 Abitur; Wehrdienst; 1979 bis 1983 Studium der Rechtswissenschaften in München und Augsburg, 1984 bis 1986 Studium der Wirtschaftswissenschaften in Augsburg; 1986 bis 1988 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Fernuniversität Hagen; 1988 Promotion zum Doktor der Rechte (Dr. jur.).

1988 Regierungsrat im Bundesministerium für Wirtschaft, zuletzt Ministerialrat; 1991 Mitarbeiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Referent der CSU-Landesgruppe im Arbeitskreis Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft, 1993 persönlicher Referent des damaligen Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe Michael Glos

Seit 1998 Mitglied des Bundestages; seit 2005 stellvertretender Vorsitzender der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, zuständig für die Bereiche "Verkehr, Bau, Stadtentwicklung, Tourismus, Kommunalpolitik". Von Oktober 2009 bis März 2011 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Seit 3. März 2011 Bundesminister des Innern



UNIONS-MITTELSTÄNDLER FÜR MEHR BERECHENBARKEIT

Politik erklären statt dekretieren

Von Günter Kohl

Viele wählen das Bild vom (fehlenden) Kompass der CDU. Andere, wie Unions-Fraktionschef Volker Kauder, die Metapher vom Fußball: Er vergleicht die Sommerpause mit dem Kabinenaufenthalt zur Halbzeit eines Fußballspiels und macht sich selbst Mut: "In der zweiten Hälfte greifen wir an," und meint damit die Zeit bis zur Neuwahl des Bundestages 2013. Sein Stellvertreter Michael Fuchs räumt mit Blick auf die Zeit seit der letzten Bundestagswahl ein: "Unsere Stammwähler finden die Themen, die immer CDU-Themen waren, kaum noch bei uns. Wir haben uns von den Standpunkten verabschiedet, die wir lange Jahre vertreten haben." Die Quittung der Wähler folgte auf dem Fuß: Die Kanzlerin im August im "Zufriedensheitstief", die Union unterhalb der 33-Prozent-Grenze, die FDP nicht mehr im Bundestag. Rot-Grün bei 51 Prozent.

Zuvor hatten Helmut Kohl ("Die macht mir mein Europa kaputt"), Erwin Teufel, Kurt Biedenkopf, Friedrich Merz, Volker Rühe, Josef Schlarmann, Michael Fuchs und viele andere öffentlich ihre wohlbegründete Besorgnis über den Kurs der Union, die vielen Häutungen, die als pragmatische und realitätsbezogene Politik getarnten Volten und die Orientierungslosigkeit und Unberechenbarkeit auf den wichtigsten Politikfeldern beklagt. Die Replik aus Teilen der Partei, von progressivistischen Intellektuellen und dem von linksliberalen Medien geprägten öffentlichen Raum kam prompt:

- Revolte aus dem Schaukelstuhl, die alte CDU rebelliert gegen Merkels Kurs (Financial Times Deutschland)
- Die alten Herren schweigen nicht mehr (Süddeutsche Zeitung)
- Überzeugungen und Anschauungen, die vor 40 Jahren gegolten haben und gelebt werden konnten, wirken heute wie Ratschläge aus der Gruft (Zuschrift eines MIT-Funktionärs an die Redaktion)

Der Not gehorchend, nicht dem eigenen

Dass es vorwiegend ältere und ehemalige Verantwortungs- und Funktionsträger sind, die sich in der Union kritisch zu Wort melden, hat auch etwas mit der mangelnden Zivilcourage vieler Jüngerer zu tun, die zwar genauso denken, aber mit Blick auf ihre Karriere lieber schweigen. Hinter vorgehaltener Hand reden sie genau wie die Alten, aber zitiert werden wollen sie nicht. Rühmliche Ausnahmen dieser Tage sind Nachwuchspolitiker aus der Jungen Union, vor allem ihr Chef Philipp Mißfelder, der junge Thüringer Fraktionsvorsitzende Mike Mohring und auch der Sozialpolitiker und Bundestagsabgeordnete Thomas Dörflinger, der sich mit einem 29-seitigen Kritik-Papier geoutet hat, nachdem er bei der Parteiführung länger als ein Jahr weder einen Termin bekam, noch sonst wie Gehör fand.

Nach Einschätzung erfahrener Beobachter der Berliner Szene wird sich die Schar der Kritiker aus den Reihen der Parlamentarier nach der Sommerpause sicht- und hörbar vergrößern. Dann haben nämlich viele Abgeordnete nach Monaten unter der Berliner Käseglocke wieder Basisluft geschnuppert und deutlich die Stimmung unter Unions-Mitgliedern und -Wählern zu spüren bekommen. Angesichts der miserablen Umfragewerte für Kanzlerin und Union bangen nicht wenige um ihre Wiederwahl in den Bundestag. So etwas fördert die Kritikbereitschaft. Die Angst um die eigene Existenz lässt vielleicht so manchen aus der Fraktionsdisziplin ausscheren und dem Druck von oben widerstehen. Bei der Abstimmung um den Euro-Rettungsschirm im September wird man sehen, inwieweit der eigene Mut mit dem Erkenntnisgewinn in der Sommerpause noch Schritt hält...

Eine Führung ohne Gefolgschaft

Man kann ja über Motivation und Tempo der Kurswechsel der CDU-Führung in den letzten Monaten geteilter Meinung sein, eines aber steht fest: Die Mitglieder und Wähler der CDU sind wesentlich älter und haben ein ganz anderes Wertesystem als jene Zielgruppe, die CDU-Führung und Bundesregierung zwar ansprechen möchten aber bisher jedenfalls nicht erreichen. Es mag ja sein, dass dies irgendwann gelingt, aber auf dem Weg dorthin kehren der Union und der FDP scharenweise Mitglieder und Wähler den Rücken. Die Union hat 2009 zwei Millionen Wähler verloren und befindet sich in der Mitgliederentwicklung im steilen Sinkflug. Weniger als 500.000 sind es mittlerweile. Die Behauptung, dies liege an der Überalterung der Partei, und die Verluste gingen überwiegend auf Sterbefälle zurück, ist eine Mär. Die meisten Austretenden sind überaus lebendig und erklären höchstpersönlich schriftlich ihren Austritt aber ohne einen Grund anzugeben. Das spricht Bände – Unzufriedenheit (siehe Kasten).

So kann es eine ganz, ganz lange Durststrecke geben, bis die CDU-Führung neue Mitglieder und Wähler für ihre Politik gefunden hat. Denn bisher ist es nicht gelungen, die Verluste auf der einen durch Zugewinne auf der anderen Seite wettzumachen. An der Basis klagen die Funktionäre darüber, dass alle Mitglieder-Werbeaktionen ins Leere gehen, weil sich die Menschen verweigern. Bei den Demoskopen fährt die CDU regelmäßig neue Tiefstwerte ein. Von jenen magischen 40 Prozent plus ist sie Lichtjahre entfernt.

Konkret heißt das: Es blüht der Union unter Umständen das gleiche Schicksal wie der Schröder-SPD. Letztere hat es versäumt, den Menschen, vor allem den eigenen Anhängern, Sinn und Segnungen der Agenda 2010 zu erklären. Schröder hat daraufhin erst die Unterstützung der eigenen Leute und dann 2005 die Bundestagswahl verloren.

Die positive Wirkung der Agenda 2010 auf die deutsche Wirtschaft ist heute unbestritten, auch wenn sie einigen nicht weit genug ging. Aber heute wünscht sich mancher der Kritiker von damals wenigstens einen ähnlichen Politik-Ansatz von der gegenwärtigen schwarz-gelben Regierung – weit gefehlt.

Unterstellt, die Politik der Merkel-Regierung zielt unter Vernachlässigung der Interessen und Wünsche ihrer Stamm-Klientel auf neue Wählerschichten, um sich dem vermeintlichen Zeitgeist und den Grünen anzudienen, könnte die Zeit bis zur Bundestagswahl 2013 knapp werden. Denn der Spagat, die einen zu umgarnen und die anderen immer wieder spüren zu lassen, dass sie von vorgestern sind, ist ein wahrer Drahtseilakt mit höchstem Risiko.

Politik wird dekretiert statt erklärt

Offenbar hat die Parteiführung das erkannt. Die Aktivitäten von Generalsekretär Hermann Gröhe sprechen dafür. Auf Regionalkonferenzen im Herbst soll nun die Politik von CDU und Bundesregierung erklärt und diskutiert werden - nachdem sie bereits vollzogen ist.



"WIE SOLUTEN JETZT AUF DAS GEGNBEISCHE TOR SPIELEN!"

Die Mitglieder und Anhänger wurden unter Hinweis auf Zeitdruck und Handlungsnotwendigkeit vor vollendete Tatsachen gestellt. Wie so etwas ausgeht, kann man sich vorstellen. Wenn sie überhaupt hingehen, die Mitglieder, werden sie ihren Frust abladen, "chloroformiert", wie Friedrich Merz es ausgedrückt hat, und mit viel Hurra-Gedöns nach Hause geschickt. Am nächsten Morgen bei der Lektüre der Tageszeitung stellt sich dann Katzenjammer ein, und es ist wieder alles wie vorher.

Sie habe ihren Eid als Regierungschefin nicht auf ihre Partei, sondern auf die Verfassung geleistet, wird Angela Merkel immer wieder zitiert. Sie ist aber auch zugleich die Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands. Dass die Vereinbarkeit beider Ämter zunehmend für sie ein Problem darstellt, ist spürbar. Auch wenn dies in der CDU ein heißes Eisen ist, hat es der Bundesvorsitzende der MIT, Josef Schlarmann, angefasst: Eine Trennung beider Ämter böte der CDU die Chance, wieder ein Profil zu finden, einen Kompass für einen verlässlichen, berechenbaren und unverwechselbaren Kurs.



Günter F. Kohl Chefredakteur des Mittelstands Magazins

DEFIZITE DER UNION IN DEN AUGEN BÜRGERLICHER WÄHLER

Viele Mitglieder, Anhänger und Wähler der Union beklagen seit langem die mangelnde Wirtschaftsfreundlichkeit, den schleichenden Verlust bürgerlicher Orientierung und christlicher Werte und fühlen sich durch jüngste Diskussionen in die Ecke der "ewig Gestrigen" gedrängt, weil der Begriff des Konservativen plötzlich mit einem Makel versehen wird ("Ratschläge aus der Gruft")

Eine unvollständige Liste der Klagen darüber, dass die Union, zum Teil unter Verstoß gegen ihre eigene geltende Beschlusslage und Programmatik und ohne die Mitglieder zu befragen, ihren Kurs geändert hat:

- Atomausstieg
- Ende des Wehr- und Zivildienstes
- Mindestlöhne
- Aufgabe der Hauptschule
- Umgang mit der EU-Schuldenkrise

Weitere Ärgernisse, die man einer unionsgeführten Bundesregierung übelnimmt:

- ELENA und dessen Liquidation erst unter
- Einbehaltung der Insolvenzrücklage
- Hickhack bei der Steuerreform
- Hinhaltetaktik in Sachen kalter Progression/ Mittelstands- und Facharbeiterbauch
- Geldwäschegesetz mit zusätzlicher Büro-
- Bürokratie-Abbau kommt nicht voran
- Frauenquote und Sozialbilanzen
- Politik der Beliebigkeit und Unberechenbarkeit (programmatischer Bauchladen)





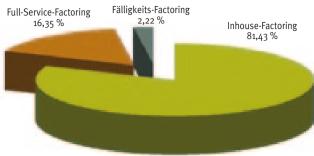
Zeit ist bekanntlich Geld und Full-Service-Factoring das gilt natürlich auch beim Bezahlen von Rechnungen. Jeder Tag, um den sich der Zahlungseingang verzögert, kostet bares Geld, weil die entsprechende Liquidität meist fremdfinanziert werden muss. "Wer seine Forderungen an ein Factoring-Unternehmen zusätzlich: Sonstiges Factoring. 8,99 Mrd. Euro abtritt, hat innerhalb weniger

Werktage Geld auf dem Konto. Factoring erhöht dadurch die Liquidität im Unternehmen", erklärt Dr. Alexander Moseschus, Rechtsanwalt und Geschäftsführer des Deutscher Factoring-Verbands Berlin. Das Unternehmen muss also weniger Fremdkapital aufnehmen. Das ist gut für die Bilanz und natürlich fürs Rating. Außerdem kann man bei den eigenen Lieferanten Boni und Sconti voll ausnutzen - das lohnt sich bei hohen Verbindlichkeiten. Exporteure sparen zudem die Warenkreditversicherung. Außerdem vermeidet man den Ärger mit nervigen Kunden, die grundsätzlich erst nach Mahnungen zahlen. Wer will, kann sogar das gesamte Debitorenmanagement in die Hände des Factors legen.

Qualitätskriterium Factoring

Für die Kunden ändert sich durch das Factoring nichts - höchstens die Kontonummer, auf die der Rechnungsbetrag überwiesen werden muss. Angst, dass Kunden verschreckt werden, muss man nicht (mehr) haben. "Früher hatte das Factoring tatsächlich einen eher negativen Ruf", so Moseschus. "Inzwischen hat sich diese Haltung in breiten Teilen der Wirtschaft aber geändert. Aufgrund der strengen Bonitätsprüfungen gilt Factoring inzwischen als Qualitätskriterium für ein Unternehmen."

Natürlich lässt sich das Factoringunternehmen seine Dienstleistungen bezahlen. Wie überall gilt: Je mehr Service, desto teurer wird's. "Üblich sind einerseits eine Factoringgebühr für die Übernahme des Risikos, den Service und die Marge, andererseits der sogenannte Factoringzins für



die Bereitstellung der Liquidität", so Moseschus. Die Factoringgebühr liegt zwischen weniger als 0,5 und 2,5 Prozent. Die Konditionen sind sehr unterschiedlich und hängen unter anderem vom Risiko, der Branche und vom Rechnungsvolumen ab. B2C-Geschäfte sind wegen des höheren Risikos meist teurer als B2B. Beim Factoringzins gelten die marktüblichen Konditionen. Er wird bis zum Zahlungseingang des Geldes beim Factor, längstens aber bis zum Termin des Zahlungsziels, berechnet, ist also nach oben gedeckelt, falls der Kunde nicht zahlen sollte. "In der Regel zahlen Kunden auch schneller, wenn die Rechnung an ein Factoring-Unternehmen abgetreten wurde", so der Experte. "Außerdem kann der Factor manchmal sogar günstigere Konditionen bieten als eine klassische Bank."

Interessant auch für den Mittelstand

Grundsätzlich arbeitet man beim



Dr. Alexander Moseschus. Rechtsanwalt und Geschäftsführer des Deutscher Factoring-Verbands Berlin

Factoring mit einem Rahmenvertrag, der in der Regel langfristig auf ein bis fünf Jahre angelegt ist. "Einzelne Rechnungen werden eher selten angekauft", erklärt der Jurist. Oft gibt es auch individuelle Vereinbarungen, etwa dass Forderungen bis zu einer bestimmten Höhe (z. B. bis 5.000 Euro) grundsätzlich

übernommen oder dass nur Forderungen aus Deutschland, aber nicht aus dem Ausland akzeptiert werden.

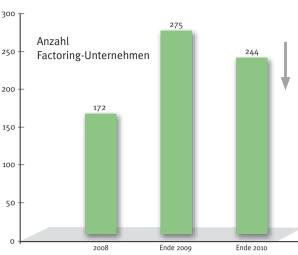
Wichtig für den Vertrag sind die Firmengröße, die einzelnen Rechnungssummen sowie das jährliche Forderungsvolumen. "Früher war Factoring erst ab einem Forderungsvolumen im Millionenbereich möglich", so Moseschus. "Das hat sich geändert. Es gibt inzwischen diverse Anbieter die bereits ab einem Volumen von 100.000 Euro oder teilweise sogar darunter arbeiten." Damit ist Factoring nicht nur für Großunternehmen, sondern auch für den Mittelstand zur Option geworden.

Bei den Branchen gibt es kaum Einschränkungen. "Nicht nur klassische Produktionsunternehmen, sondern auch Freiberufler wie Zahnärzte oder Rechtsanwälte, Ungewöhnliches wie Bestatter oder sogar der früher oft etwas heikle Bausektor - inzwischen gibt es fast für jeden Mittelständler eine passende Lösung", so der Experte. Als Faustregel kann gelten: Je klarer und unbestrittener die Forderungen sind - Juristen nennen dies "einredefrei" - desto problemloser ist die Abtretung. Gibt es dagegen häufig Debatten, ob eine Leistung überhaupt, ob sie vollständig und vertragsgemäß erbracht wurde, sind auch Factoring-Unternehmen meist nicht interessiert - sie wissen schlicht nicht, wie sie die Forderungen bewerten sollen.

Keine Rückbelastung bei Zahlungsausfällen

Vor der Unterzeichnung des Rahmenvertrages prüft jedes FactoringUnternehmen die Bonität der Rechnungsempfänger genau, um die Risiken abzu- 250 schätzen. "Man muss natürlich bereit sein, seine Zahlen offen 200 zu legen, damit der Factor die Bonität des Kunden und der Debitoren bewerten kann". so Moseschus. Grundsätzlich übernehmen Factoring-An- 100 bieter nur "gute" Forderungen, keine Problemfälle. Auch während der Vertragslaufzeit wird die Bonität der Rechnungsempfänger permanent überwacht. Factoring hat also auch

die Funktion eines Frühwarnsystems. "Oft kennt der Factor die Kundenunternehmen auch schon aus anderen Vertragsbeziehungen. Dadurch kann er eventuelle Risiken sehr viel genauer und früher erkennen, als es das einzelne Unternehmen könnte", erklärt Moseschus. Verschlechtert



sich die Bonität eines Kunden massiv, werden entsprechende Forderungen in Zukunft nicht mehr angekauft. Diese Anpassungen erfolgen regelmäßig, mitunter sogar wöchentlich. Sie gelten allerdings nur für die Zukunft, nicht für bereits abgetretene Forderungen. "Der Factor übernimmt bei

bereits angenommenen Forderungen das so genannte Delkredererisiko. Das bedeutet: Zahlungsprobleme oder -ausfälle sind das Risiko des Factors", so der Jurist. "Auch bei eventuellen Zahlungsausfällen erfolgt keine Rückbelastung. Man bekommt also 100 Prozent der Rechnungssumme, nachdem die Forderung angekauft wurde."

Den Factor sollte man sich ganz genau ansehen

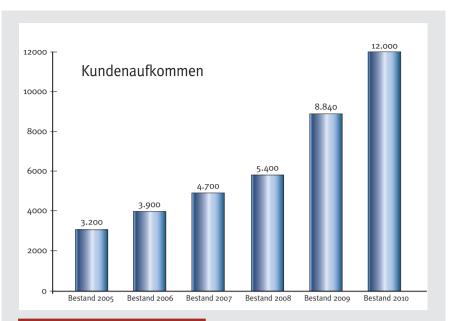
Allerdings kann die Suche nach einem passenden Factor etwas Zeit in Anspruch nehmen. Wichtig ist zunächst einmal die Zulassung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Die Liste findet man im Internet unter www. bafin.de. "Wer diese Zulassung/Registrierung nicht hat, arbeitet grund-



sätzlich illegal", so Moseschus. Ein Pluspunkt ist die Mitgliedschaft im Deutschen Factoring-Verband, dessen Aufnahmekriterien unter anderem ein Mindestkapital von in der Regel einer Million Euro, einen Jahresumsatz von mehr als 100 Million Euro und mindestens drei Jahre Marktpräsenz vorsehen. "Die bei uns zusammengeschlossenen Unternehmen decken rund 95 Prozent des Marktvolumens ab", so Verbandsgeschäftsführer Moseschus.

Außerdem sollte man genau prüfen, welche Gesellschafter im Hintergrund stehen und wie finanzstark das Unternehmen ist. Hier gilt die simple Faustregel: Die Masse macht's. Ist die Finanzdecke des Factors nämlich zu dünn oder geht er gar in die Insolvenz, ist das für jedes betroffene Unternehmen der absolute Super GAU. Die Rechnungen sind ja schon verkauft, der Firma stehen also von ihren Kunden keine Zahlungen mehr zu. Die Folge sind langwierige juristische Auseinandersetzungen, bis man endlich sein Geld sieht. Um solche Probleme zu vermeiden, gilt also auch beim Factoring: Drum prüfe, wer sich ewig bindet...

Quelle aller Grafiken: Deutscher Factoring Verband



DIE BRANCHE IN ZAHLEN

Factoring liegt im Trend, die Umsätze steigen stetig an. Allein Im Jahr 2010 wuchs die Branche um fast 38 Prozent - auch in Folge der Wirtschaftskrise. Insgesamt erwirtschaftete sie 2010 einen Umsatz von mehr als 132 Milliarden Euro. Damit werden inzwischen mehr als fünf Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts durch Factoring bedient. Vor allem im Handel, im Ernährungsgewerbe und bei den Dienstleistern und im Maschinenbau setzt man auf Factoring, aber auch viele andere Branchen nutzen die Angebote. Die meisten Kunden (rund 81 Prozent) entscheiden sich für das sogenannte Inhouse-Factoring. Sie treten also nur die Rechnungen ab, übernehmen aber das Debitorenmanagement weiterhin selbst. Auch für internationale Geschäfte wird Factoring gerne genutzt. Die Unternehmen sichern damit vor allem ihre Geschäfte mit Osteuropa sowie Benelux, Frankreich, Italien und anderen europäischen Ländern ab.

FACTORING VS. LEASING

Factoring oder Leasing? Hier ein kleiner Überblick über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten:

Grundprinzip

Factoring:

Offene Rechnungen werden an den Factor abgetreten.

Leasing:

Ein Investitionsgut wird nicht gekauft, sondern nur "gemietet".

Auswirkung auf Bilanz/Rating: **Factoring:**

Positiv, da mehr Eigenkapital im Unternehmen.

Leasing:

Positiv, da Objekt beim Leasinggeber bilanziert wird

Sinn/Nutzen:

Factoring:

Der Factor bezahlt die Rechnung sofort, dadurch ist umgehend Liquidität im Unternehmen. Ausfallrisiko geht auf Factor über. Kein langwieriger Ärger mit zahlungsunwilligen Kunden.

Leasing:

Steuervorteil: Keine Abschreibung, sondern Leasingraten sind steuerlich absetzbar. Mehr Liquidität, da kein Kapital gebunden.

Risiken/Nachteile:

Factoring:

Probleme, wenn Factor finanzielle Schwierigkeiten bekommt oder insolvent wird.

Mögliche Diskussionen wegen eventueller Schäden bei der Rückgabe des Gutes, insgesamt meist teurer als Kauf.

Leasing häufiger als vor der Krise

Leasing wird nach der Finanzkrise häufiger in Betracht gezogen als zuvor. 78 Prozent der Unternehmen in Deutschland erwägen, ihre Investition über Leasing zu realisieren. 2007 waren es 71 Prozent. Gerade auch kleinere Unternehmen zeigen sich nun aufgeschlossener. Zu diesem Ergebnis kommt die Marktstudie "Leasing in Deutschland 2011", die das Marktforschungsinstitut TNS Infratest Finanzforschung im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL) durchgeführt hat. Insgesamt befragten die Marktforscher im März/April dieses Jahres über 1.000 Finanzentscheider in Unternehmen über Leasing-Nutzung, -Motive, -Image und Zufriedenheit.

Danach haben sich die Einstellungen zum Produkt Leasing und den Leasing-Gesellschaften bei der Mehrheit der Unternehmen weiter verbessert. Die Neigung zu Leasing steigt wie schon in den vergangenen Studien ersichtlich - mit der Größe des Unternehmens. So ziehen 87 Prozent der Firmen ab 50 Beschäftigten Leasing in Betracht. "Eine erfreuliche Entwicklung ist bei den kleineren Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern zu sehen. Bis vor einigen Jahren hatte bei deren Geschäftsführern und Inhabern noch der Eigentumsgedanke das größere Gewicht. Dies hat sich nun deutlich verändert", erläutert Holger Rost, Vorsitzender des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit des BDL, bei der Vorstellung der Studie. Waren es 2007 68 Prozent der kleineren Unternehmen, die Leasing in Erwägung gezogen haben, so

sind es heute bereits 76 Prozent. Rost zieht daraus das Fazit: "Leasing hat sich als Investitionsform quer durch alle Unternehmensgrößen etabliert und behauptet seinen festen Platz im Vergleich mit anderen Investitionsformen."

Attraktivste Investitionsform

Im Wettbewerb der Finanzierungsinstrumente nimmt Leasing die führende Rolle ein: So ziehen 34 Prozent der Unternehmen in Deutschland bei einer Investition in Höhe von 25.000-30.000 Euro als Erstes Leasing in Betracht. Zuerst an Kredit denken dagegen nur 28 Prozent, gefolgt von Mietkauf (25 Prozent) und Miete (6 Prozent).

Motive für Leasing

Seit der letzten Befragung haben sich die Prioritäten der Beweggründe für Leasing nur leicht geändert. Im Ranking der wichtigsten Motive steht weiterhin das Argument an oberster Stelle, dass Kosten gleichmäßig und genau kalkulierbar sind. Auf dem zweiten Platz folgt "Leasing schont die Liquidität". Es hat mit dem Motiv "Betriebsausstattung bleibt auf dem neuesten Stand" den Rang getauscht. Die "Rückgabemöglichkeit des Leasing-Objekts nach Ablauf der Vertragszeit" hat den vierten Platz eingenommen. Holger Rost: "Dies belegt, dass die Nutzung eines Fahrzeugs, einer Maschine oder eines Computers gegenüber dem Eigentumsgedanken gewonnen hat."

Gute Perspektiven für Leasing

Leasing hat weiterhin gute Geschäftsperspektiven, besonders Großunternehmen wollen ihren auf Leasing entfallenden Anteil ausbauen. Auf die Frage, ob die Unternehmen in den nächsten drei Jahren mehr oder weniger Investitionen über Leasing realisieren wollen, erklärt jeder vierte Betrieb mit mehr als 50 Mitarbeitern, Leasing verstärkt nutzen zu wollen. Bei Großunternehmen sind es sogar 29 Prozent.

"Ein Wachstumsfeld mit Zukunftspotenzial stellen Leasing-Investitionen in alternative Energien dar", erläutert Rost. Hier planen sieben Prozent der Unternehmen, künftige Investitionen durch Leasing zu realisieren. Aktuell sind es nur rund ein Prozent. "Bisher sind 25 Mitgliedsgesellschaften des BDL auf diesem Geschäftsfeld aktiv und realisieren für ihre Kunden Investitionen in Fotovoltaik-. Wind- oder Wasserkraft- sowie in Biomasse-Anlagen." Dieser Leasing-Sektor werde künftig sicher auch angesichts der aktuellen politischen Diskussion wachsen. Info:

www.leasingverband.de

Anzeige



Man least viel Gutes über uns.

Unsere kundenorientierten Finanzierungskonzepte erleichtern Ihnen die Investition in die Zukunft. Ob Maschinen, Fahrzeuge oder modernste IT- und Energietechnik - mit dem Mobilienleasing-Programm der SüdLeasing sind Sie bestens aufgestellt und arbeiten erfolgreich mit neuestem Equipment. Setzen auch Sie auf die 40-jährige Kompetenz einer der führenden Leasinggesellschaften in Deutschland. Wir unterstützen Sie gerne.





Der Gesetzgeber hat der Werbung mit Rabatten recht enge Grenzen gesetzt, zum Schutz der Verbraucher und des Wettbewerbs

Nicht jede Rabattwerbung ist zulässig

Unternehmen müssen bei ihrer Werbung ständig auf der Hut sein, nicht gegen das Wettbewerbsrecht zu verstoßen. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) enthält Regelungen darüber, was zulässig ist und was nicht. Jedoch sind diese Vorschriften sehr allgemein formuliert. Das Ergebnis ist eine Vielzahl von Gerichtsurteilen. Wer gegen das Wettbewerbsrecht verstößt, muss mit einer Abmahnung durch Wettbewerbsvereine, Kammern oder Anwälte von Konkurrenten rechnen. Dies kann schnell teuer werden, denn meist werden mit der Abmahnung auch Gebühren in Rechnung gestellt. In der Regel wird kurzfristig die Unterzeichnung einer strafbewehrten Unterlassungserklärung verlangt. Wer einer solchen Forderung ausgesetzt ist, sollte sich anwaltlich beraten lassen. Die D.A.S. Rechtsschutzversicherung stellt dazu einige einschlägige Gerichtsurteile vor.

"Nur heute ohne 19% Mehrwertsteuer"

Anfang 2007 war die Mehrwertsteuer gerade von 16 auf 19 Prozent herauf gesetzt worden. Ein Unternehmen, das mit Haushaltsgeräten handelte, warb im Internet mit der Aussage "Nur heute, 4. Januar, Haushaltsgroßgeräte ohne 19 % Mehrwertsteuer". Ein Konkurrent schritt gegen diese

Werbung ein: Die Aussage sei wettbewerbswidrig, weil die Preisvergünstigung nur am Tag der Werbeanzeige gewährt worden sei. Es sei damit den Verbrauchern - insbesondere Berufstätigen - durch den erzeugten Zeitdruck nicht möglich gewesen, einen Preisvergleich mit den Produkten der Konkurrenz durchzuführen. Die Gerichte der unteren Instanzen verurteilten das Unternehmen zur Unterlassung derartiger Werbemaßnahmen. Der Bundesgerichtshof sah dies jedoch grundlegend anders: Man müsse davon ausgehen, dass Verbraucher mündige Menschen seien, die auch solche hohen Kaufanreize verstandesmäßig ausblenden könnten. Auch ohne Möglichkeit zum Preisvergleich könne nicht davon ausgegangen werden, dass diese Werbung allein schon unüberlegte Kaufentschlüsse auslöse. Bundesgerichtshof, Urteil vom 31.03.2010, Az. I ZR 75/08

"20 % auf alles"

Eine Kette von Bau- und Heimwerkermärkten führte 2005 eine Aktion durch, bei der mit einem Rabatt von "20 % auf alles, ausgenommen Tiernahrung" geworben wurde. Die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs ging dagegen vor: Sie sah hier eine Irreführung des Verbrauchers. Testkäufer hatten nämlich festgestellt, dass vier Artikel aus dem Warensortiment (welches

ca. 70.000 Artikel umfasste) unmittelbar vor Anlaufen der Werbung noch deutlich billiger gewesen waren als zur Zeit des Rabattangebots. Kurz vor der Werbeaktion waren die entsprechenden Preise erhöht worden. Wie sich vor Gericht erwies, wurden die betreffenden Artikel normalerweise generell mit dem höheren Preis angeboten. In der Woche vor der Rabattaktion hatte jedoch ein Sonderpreis gegolten, der nicht als solcher erkennbar gewesen war. Der Bundesgerichtshof gab hier den Wettbewerbshütern Recht. Man orientierte sich dabei an § 5 Abs. 4 UWG. Danach werde von einer Irreführung des Verbrauchers ausgegangen, wenn mit der Herabsetzung eines Preises geworben werde, der zuvor nur für eine unangemessen kurze Zeit gegolten habe. Das Heraufsetzen des Preises kurz vor Beginn der Rabattaktion sei genauso irreführend wie das Werben mit einem früheren Preis, der nur kurz gegolten habe. Die Vorschrift habe den Zweck, gerade eine derartige Preissenkungswerbung zu unterbinden.

Bundesgerichtshof, Urteil vom 20.11.2008, Az. IZR 122/06

"Rabatt nur für vorrätige Waren"

Ein Geschäft für Foto- und Videokameras hatte in einem Werbeprospekt mit folgender Aussage geworben: "Nur heute, 3. Januar, Foto- und Videokameras ohne 19 % Mehrwertsteuer!". Damit war noch ein Hinweis verbunden gewesen: "Sparen Sie volle 19 % vom Verkaufspreis." Zwei Mitarbeiter der Konkurrenz kauften eine Kamera mit dem angegebenen Rabatt. Sie fragten auch nach, ob es möglich sei, nicht vorrätige Ware zu bestellen. Die Antwort lautete: Ja, aber ohne Rabatt. Der Konkurrenzbetrieb hielt die Werbung für wettbewerbswidrig, weil sie gegen das sogenannte Transparenzgebot verstoße. Der Bundesgerichtshof wies darauf hin, dass die Bedingungen, unter denen der Käufer einen solchen verkaufsfördernden Preisnachlass in Anspruch nehmen könne, schon in der Werbung klar definiert sein müssten. Dies sei hier nicht der Fall gewesen. Das Unternehmen hätte in der Werbung erwähnen müssen, dass der Rabatt nur für im Laden vorrätige Ware gelte. Die Werbung sei wettbewerbswidrig. Bundesgerichtshof, Urteil vom 10.12.2009, Az. I ZR 195/07

AKTUELL - AKTUELL - AKTUELL

Wir sind gegen Inflation!



Sie auch?! Dann investieren Sie mit uns in regenerative Energie!

Victor-Gollancz-Straße 13 - 52349 Düren Telefon: 0 24 21 / 2 06 46-0

www.infinite-energycompany.de

RECHT IM GESPRÄCH



Wolf-Dietrich Bartsch. Rechtsanwalt und Notar.

stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

Aber Achtung: Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.

Golfclubbeitrag nicht steuerlich absetzbar

Netzwerken ist für erfolgreiche Mittelständler auf allen Ebenen nicht nur eine Selbstverständlichkeit sondern oft "überlebenswichtig" für den Betrieb. Dabei ist ein Geschäftsessen noch steuerlich absetzbar. Der Mitgliedsbeitrag für einen Golfclub darf jedoch auch anteilig nicht als Betriebsausgabe geltend gemacht werden. Darauf weist der Nürnberger Rechtsanwalt Dr. Norbert Gieseler unter Hinweis auf ein Urteil des Finanzgerichts (FG) Köln vom 16. Juni 2011 (10 K 3761/08)

In dem Verfahren klagte eine Kommanditgesellschaft, die einen Sportartikel-

Großhandel betrieb. Die Gesellschaft zahlte das Beitrittsgeld und den Jahresbeitrag für die Mitgliedschaft ihres Kommanditisten in einem Golfclub und behandelte die Aufwendungen in voller Höhe von ca. 14.000 Euro als Betriebsausgaben. Das Gericht lehnte dies ebenso wie das Finanzamt ab. Es bezweifelte zwar nicht, dass durch die Golfclub-Mitgliedschaft der Betrieb der Klägerin gefördert werde. Die Ausübung einer Trendsportart wie Golf betreffe aber in erheblichem Umfang die private Lebensführung eines Steuerpflichtigen und könne daher nach § 12 Nr. 1 Satz 2 Einkommensteuergesetz steuerlich nicht berücksichtigt werden. Da es an objektiven Kriterien für eine Aufteilung zwischen privater und betrieblicher Veranlassung der Mitgliedschaft fehle, komme auch eine teilweise Anerkennung der Kosten im Rahmen einer Schätzung nicht in Betracht.



Der 10. Senat des FG Köln hat die Revision gegen sein Urteil zum BFH zugelassen, so Dr. Gieseler. Das Urteil ist also noch nicht rechtskräftig. Es sei von grundsätzlicher Bedeutung, ob nach der neuen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zur Abzugsfähigkeit gemischter Aufwendungen (GrS 1/06) Beiträge zu einem Golfclub weiterhin in voller Höhe nicht abzugsfähig seien.

Entschädigung wegen Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft?

Die Aufforderung durch den Arbeitgeber, an einem Deutschkurs teilzunehmen, um arbeitsnotwendige Sprachkenntnisse zu erwerben, stellt als solche keinen Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz dar.

Die Klägerin ist -mit einer Unterbrechungseit Juni 1985 in dem von der Beklagten bewirtschafteten Schwimmbad beschäftigt. Ihre Muttersprache ist kroatisch. Sie wurde zunächst als Reinigungskraft eingesetzt. Vor über 14 Jahren wurde ihr zusätzlich Kassenbefugnis erteilt. Sie arbeitete seitdem auch als Vertretung der Kassenkräfte im Schwimmbad.

Im Frühjahr 2006 forderte der Betriebsleiter der beklagten Arbeitgeberin die Klägerin auf, zur Verbesserung ihrer Deutschkenntnisse auf eigene Kosten und außerhalb der Arbeitszeit einen Deutschkurs zu absolvieren. Die von der Klägerin verlangte Kostenübernahme lehnte die Beklagte ab. Die Klägerin nahm nicht an einem Deutschkurs teil, was nach zwischenzeitlichen Phasen der Arbeitsunfähigkeit schließlich im Oktober 2007 zu einer Abmahnung durch die Beklagte führte. Die Klägerin verlangte daraufhin wegen Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen Herkunft eine Entschädigung in Höhe von 15.000 Euro.

Wie schon in den Vorinstanzen blieb die Klage vor dem Achten Senat des Bundesarbeitsgerichts ohne Erfolg, so der Stuttgarter Fachanwalt für Arbeitsrecht und Präsident des VdAA (Verband deutscher ArbeitsrechtsAnwälte) Michael Henn.

Der Arbeitgeber kann das Absolvieren von Sprachkursen verlangen, wenn die Arbeitsaufgabe die Beherrschung der deutschen (oder einer fremden) Sprache erfordert. Die Aufforderung, dies auf eigene Kosten und außerhalb der Arbeitszeit zu tun, kann im Einzelfall gegen den Arbeitsvertrag oder Regeln eines Tarifvertrages verstoßen. Ein solcher Verstoß stellt aber keine unzulässige Diskriminierung wegen der ethnischen Herkunft dar, der Entschädigungsansprüche auslöst.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

Guter Rat ist "teuer"

BGH; Urteil vom 06.10.2010; VIII ZR 271/09

In Deutschland gilt für Gerichtsverfahren immer noch der Grundsatz, dass der Verlierer dem Sieger die Rechtsanwaltskosten zu erstatten hat. Das wird in anderen Staaten ganz anders gehandhabt, insbesondere bei den vorgerichtlichen Anwaltskosten.

Der Bundesgerichtshof hat diesen Grundsatz im Deutschen Recht nun ein wenig "aufgeweicht". Beauftragt ein gewerblicher Großvermieter eine Rechtsanwaltskanzlei mit der Erstellung eines auf Zahlungsverzug gestützten Kündigungsschreibens, so muss der Mieter die dadurch entstehenden Rechtsanwaltskosten nicht erstatten. Der BGH vertritt die Auffassung, dass ein gewerblicher Großvermieter keine anwaltliche Hilfe in diesen "einfachen" Dingen benötigt. Nur Aufwendungen, die zur Wahrung und Durchsetzung der Rechte erforderlich und zweckmäßig sind, sind zu erstatten. Dies sei hier nicht der Fall.

Wer hören kann, muss zahlen

BVerwG; Urteil vom 27.10.2010; 6 C 12/09

Immer wieder geistert die Meldung durch die Nachrichten, dass die GEZ Rundfunkgebühren für Computer erhebt.



Jetzt musste sich das Bundesverwaltungsgericht mit dieser Problematik befassen. Ein Rechtsanwalt hatte sich gegen einen Bescheid gewehrt, wonach er für seinen PC in der Kanzlei Rundfunkgebühren zahlen sollte. Er versicherte, dass dieser PC nur für Schreibarbeiten. Recherchen und die elektronische Umsatzsteuervoranmeldung verwendet wird. Radio würde damit nicht gehört.

Das Gericht bestätigte nun die Rechtsauffassung der Behörde. Ein internetfähiger PC ist, so das Gericht, eine technische Einrichtung, die zur drahtlosen oder drahtgebundenen Hör- und Sichtbarmachung oder Aufzeichnung von Rundfunk geeignet ist. Für das Gericht ist es unerheblich, ob der PC innerhalb

des Betriebes zum Radiohören bestimmt ist. Es kommt nur auf die objektive Eignung an. Der Rechtsanwalt muss zahlen, egal ob er mit seinem PC Radio bei der Kanzleiarbeit hört oder nicht.

Über Geschmack lässt sich streiten

KG; Beschluss vom 17.05.2010; 8 U 17/10

Die Gerichte finden in den gängigen Mietverträgen immer noch Passagen, die bislang nicht angefochten und damit nicht als unwirksam erklärt worden sind. Das Berliner Kammergericht war mit einer Vertragsklausel befasst, wonach der Mieter nur mit Zustimmung des Vermieters bei Ausführung der Schönheitsreparaturen von der bisherigen Ausführungsart abweichen darf. Es handelte sich um eine Klausel in den Allgemeinen Vertragsbestimmungen zu einem Gewerberaum-Mietvertrag.

Das Kammergericht hält diese Klausel für unwirksam. Der Mieter sei nach den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligt.

Vermieter und Mieter sollten darauf achten, dass nicht einfach Formulare kritiklos für die Erstellung eines Mietvertrages verwendet werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass es später zu erheblichen und kostenintensiven Rechtsstreiten kommt.

Das Mittelstands Magazin ist eine Verbands- und Wirtschaftszeitschrift, die seit Jahrzehnten am Markt eingeführt ist und zehnmal im Jahr erscheint. Die IVW-kontrollierte Auflage liegt bei 40.500 Exemplaren.

Wir suchen per sofort einen

Anzeigenverkäufer / Mediaberater (m/w)

für die Bereiche Nielsen III a. III b. IV. VII

Ihr Aufgabengebiet

- ▶ Betreuung des bestehenden Kundenstamms
- Neukundenakquise
- Telefonische und persönliche Ansprache von Werbekunden und -agenturen

Ihr Profil

- Branchen- und Akquiseerfahrung
- ► Gute Kontakte zu Agenturen
- ► Sicheres und überzeugendes Auftreten

Sollten wir Ihr Interesse geweckt haben, so schreiben Sie uns per Mail oder per Post und fügen Ihre aussagekräftigen Unterlagen bei.

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH

z.H. Herrn Günter Kohl • Gärtnerkoppel 3 • 24259 Westensee/ Kiel www.mitmagazin.com • E-Mail: info@mitmagazin.com



Der neue Peugeot 508 ersetzt die Baureihen 407 und 607

Seit einem halben Jahr ist er auf dem Markt. Er soll gleich zwei Baureihen (407 und 607) ersetzen und dem Marktführer in diesem Segment, dem VW Passat, Konkurrenz machen. Gleichzeitig lässt er sich auch noch zur Oberklasse aufrüsten: der Peugeot 508 wurde und wird mit derlei Erwartungen geradezu überfrachtet.

Kombi und Limousine sind fast gleich lang, 15 cm länger als der Passat. Der 1,6-Liter Basisdiesel (112 PS) soll dank Start-Stopp und automatisiertem Sechsganggetriebe nur 114 Gramm CO₂ je Kilometer ausstoßen und 4,4 Liter auf 100 Kilometer verbrauchen. Alternativ ist der Motor mit Fünfgang-Schaltgetriebe lieferbar. Weitere Diesel mit 2,0 bzw. 2.2 Liter Hubraum sind lieferbar. Ergänzt wird die Palette um zwei Benzinmotoren. Für 2012 ist ein Hybrid mit Diesel und E-Maschine angekündigt.

Das Raumangebot ist großzügig, die Ausstattung, jedenfalls wenn man die diversen Pakete hinzubucht, lässt in Sachen Komfort und Assistence kaum Wünsche offen. Der Einstiegspreis liegt bei knapp 25.000,-Euro.

LESER SCHREIBEN

Zur Ausgabe 7/8-2011 unseres Magazins erreichten uns die folgenden Leserbriefe, die wir zum Teil in Auszügen abdrucken:

Zu "Baustelle Berlin"

Keiner denkt ans Umdenken

Sehr geehrter Herr Lehnen,

als Mitglied der MIT-Bundeskommission Gesundheit danke ich Ihnen für die klaren Worte in o.a. Ausgabe. Jeder Satz ist richtig und kann nur bestätigt werden. Es ist aber zu befürchten, dass an ein Umdenken keiner der Verantwortlichen denkt - trotz der schlechten Umfragen. Das "weiter so" ist eben so lange bequem, bis man in den Abgrund rutscht.

Mich hat vor Jahren schon die Aussage eines "wichtigen" CDU-Mannes aufgeregt: "Wen sollen die Zahnärzte denn anderes wählen, als uns!" Heute geht es nicht um "die Zahnärzte", sondern z.B. den Mittelstand, der sich - wie ich höre - zunehmend abwendet. Der erste Schritt ist dabei Wahlverweigerung!

Dr. W. Gutermann www.zahnaerzte-hd.de

Zu: "Betriebsprüfung, Fahrtenbuch im Visier" Eigenwillige Auslegungsvariante

Mit Interesse habe ich Ihren Bericht gelesen. Ergänzend dazu möchte ich eine Auslegungsvariante des FA Backnang bei der letzten Einkommenssteuerprüfung in unserem Haus schildern. In unserem Unternehmen sind zwei Geschäftsführer angestellt. Pro Geschäftsführer werden zwei Firmenfahrzeuge benutzt. Das erste Fahrzeug wird jeweils über die 1%-Regelung steuerlich berücksichtigt. Das zweite Fahrzeug wird jeweils über ein Fahrtenbuch belegt. Das FA Backnang verlangte die 1%-Regelung bei dem Fahrzeug mit dem höheren Neuwert anzusetzen, ansonsten würde das Fahrtenbuch des anderen Fahrzeuges so lange geprüft, bis man etwas finde. Und damit würde es dann vollständig verworfen und auch der 1%-Regelung unterworfen. Dies alles auch unter der Voraussetzung, dass sich im privaten Besitz der Geschäftsführer mehr Fahrzeuge als Familienmitglieder befinden und diese Fahrzeuge auch in ihrem Neuwert zum Teil höher sind als die Firmenfahrzeuge...

Michael Sauter Geschäftsführer, 71546 Aspach

Zu: Editorial von Josef Schlarmann Argumente als Lügen entlarvt

Ich stimme Ihren Ausführungen zum Thema "Falsche Argumente zu Europa" zu hundert Prozent zu. Ich spreche hier aus Erfahrung eines ehemaligen europäischen Leasingmanagers, der zeitweise Geschäfte in 13 europäischen Ländern getätigt hat. Alle genannten Argumente haben Sie zutreffend als "Lügen" entlarvt. Ich habe dem nach meiner jahrzehntelangen Erfahrung nichts hinzufügen. Vielen Dank. Nur, wer von unseren sog. "MIT-Bundestagsabgeordneten" vertritt nachhaltig die Realität und ist überhaupt willens, sie wirklich zur Kenntnis zu nehmen? Dass unsere Partei beim Wähler nicht mehr Ernst genommen wird, zeigt sich hier und natürlich auch durch den unsinnigen Ausstieg aus der Atomenergie. Unsere Parteivorsitzende kann sich gar nicht vorstellen, dass wir in den letzten Jahren schon eine Verdoppelung der Energiekosten bezahlen müssen und wie sieht das in fünf lahren aus?

Prof. Dr. h.c. Klaus Feinen 50996 Köln

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen

leserbriefe@mitmagazin.com



Südstaaten-Häuser und deren bekannte Fassaden findet man in Georgia häufig, wie hier das bekannte "1842 Inn" in Macon

Die Vielfalt des Südens in einem Staat

Georgia – was weiß man schon in Deutschland über diesen nordamerikanischen Staat und seine acht Millionen Einwohner? Sicher, man kennt den bekanntesten der Neuzeit, jenen Erdnussfarmer aus Plains, Jimmy Carter, der vier Jahre der 39. Präsident in Washington war. Auch dass es 1996 die "Coca-Cola-Olympiade" in Atlanta gab. Dann vielleicht noch Margaret Mitchell und ihr mehrfach verfilmter Roman "Vom Winde verweht" erinnern uns an Südstaaten-Romantik. Doch Georgia bietet eine Menge mehr, was die Südstaaten zu einem spannenden und attraktiven Reiseziel machen. Fehlt die Zeit, den ganzen Süden zu erkunden und sollen die Fahrzeiten kurz sein, bietet Georgia die Möglichkeit, Geist und Kultur der Süd-

staaten auf überschaubarem Raum kennen zu lernen.

Georgia ist einer der größeren Bundesstaaten der USA. Mehr als die Hälfte der Menschen lebt in der Südstaaten-Metropole Atlanta mit ihren Vororten. Umringt von den Schwester-Südstaaten South Carolina und North Carolina sowie Tennessee im Norden, Alabama im Westen und Florida im Süden schmiegt sich der Staat mit einer rund 160 Kilometer langen Küste an den Atlantischen Ozean. Das Staatsgebiet misst 154.000 Quadratkilometer und ist damit nicht einmal halb so groß wie Deutschland. Der Bundesstaat ist einer der wirtschaftlich am höchsten entwickelten, wohlhabendsten Regionen der

> USA und bietet auch ausländischen Firmen ein überaus ansiedlungsfreundliches Klima.



In Georgia können Besucher viel sehen und eine Menge erleben. Neben der attraktiven Weltstadt Atlanta voller Museen von Weltrang, Unterhaltung und Einkaufsmöglichkeiten findet man zahlreiche weitere touristische Höhepunkte: die romantische Hafenstadt Savannah aus dem Amerika der Kolonialzeit, Plantagenhäuser im Antebellum-Stil am

gleichnamigen Trail von Macon nach Athens, eine weitestgehend naturbelassene Atlantikküste mit den Badestränden der Golden Isles und das Bergland der südlichen Appalachen. Im Hinterland finden sich Perlen wie die Erdnussfarm des Altpräsidenten Jimmy Carter in Plains, das Haus seines Amtsvorgängers Franklin D. Roosevelt in Warm Springs und der weitläufige Okefenokee-Sumpf an der Grenze zu Florida mit mehr als 15.000 Alligatoren.

Golfen in Georgia

Zum Golfen findet man in Georgia reichlich Gelegenheit, auf Weltklasseplätzen, wenn es zu Hause noch oder schon wieder zu kalt ist, zu spielen. Allerdings nicht in Augusta, dem berühmten Austragungsort der US Open – dieser Rasen ist noch heiliger als jener des Londoner Wembley Stadions. Dafür aber auf dem herrlichen Platz in Cuscowilla, jenem von Deutschen geführten luxuriösen Golf-Resort am Lake Oconee oder auf dem Kinderlou Course in Valdosta an der Grenze zu Florida. Ideale Bedingungen und Greenfees, wesentlich niedriger als in Deutschland, dafür aber inklusive Range Bällen, Elektro-Auto mit GPS und Cooler samt Mineralwasser sowie preiswerten Erfrischungen auf der Runde.

In Cuscowilla gab man uns aus lauter Gastfreundschaft sogar noch einen liebenswürdigen und überaus kundigen Caddy namens Russ mit auf die Runde und als Flightpartner den örtlichen Zahnarzt Dr. Alfred Peters, der trotz seines Namens zwar kein Deutsch sprach, dafür aber sein exzellentes Golf mit Charme, einem hintergründigen Humor und einer unübertroffenen Gelassenheit mixte. Und als wir die Runde an Loch 18 mit dem einen oder anderen nach dem deutschen Reinheitsgebot gebrauten Bier auf der Terrasse des überdimensionalen Clubhauses beendeten, da wussten wir, wie "Entschleunigung" nach Südstaaten-Art geht. Günter F. Kohl

GEORGIA-INFO

So groß und vielfältig ist das Angebot für Besucher, dass Georgia sich touristisch in neun Regionen gliedert, jede davon von eigenem Charakter und voller ganz besonderer Attraktionen. Georgia liegt in teils subtropischen Breiten. Die Winter sind kurz, Schnee ist selten, im Sommer wird es heiß.

www.georgia-usa.de www.georgia-global.org



Arbeitszimmer von Margaret Mitchell, der Autorin des Romans "Vom Winde verweht"

Immer wieder gibt es Untersuchungen darüber, wie glücklich und zufrieden die Menschen auf dem Globus sind. Das Ergebnis aber ist immer dasselbe: Die Dänen und Österreicher stehen ganz oben. Wir Deutsche dümpeln im Mittelfeld herum und im Tabellenkeller verzagen Rumänen und Bulgaren. Von denen sind nur knapp zehn Prozent glücklich, also die Oberschicht, die bei der Mafia beschäftigt ist.

Dass die Dänen superglücklich sind, erkennt man an ihrer Autofahrkunst. Sie haben die Ruhe weg. Mit der Geschwindigkeit der Kontinentalplatten-Verschiebung driften sie über die Landstraßen, nie schneller als 60, da sie Sorge haben, dass ihr bräsiges Lächeln nicht hinterherkommt.

In Deutschland bezeichnen sich 24 Prozent der Bevölkerung als glücklich. Wie aber sieht es bei den Syltern aus? Weichen wir vom Durchschnitt ab?

Zwei Beispiele: Harro-Peter S., Appartementhausbesitzer. Das vorige Jahr war nicht sein Jahr: Erst hatte er Stress mit dem Bauamt, das seine drei Vermietbuden im Souterrain dichtgemacht hat, da sie nicht den gesetzlichen Wohnraumansprüchen auf Sylt genügten. Sehr ärgerlich. Dann wollte das Finanzamt von ihm wissen, was es denn – bitteschön – mit

Anders liegt der Fall Doreen Hansen. Sie hat es eilig, muss noch ihre Tochter zum Geigenunterricht bringen und das georgische Au-pair-Mädchen vom Deutschunterricht abholen. Die umtriebige Dame stammt aus Sachsen-Anhalt

und ist nach der Wende für

eine Ausbildung im Hotel-

wesen nach Sylt gekommen.

Glücksskala, Schade,

Nun muss Peter-Harro S. auch noch vermehrt Taxi fah-S. seine Zufriedenheit derzeit auf mickrige fünf Prozent auf der nach oben geschlossenen

Nun hat man festgestellt, dass der Glücksfaktor im Volk mit der Sexfrequenz korreliert: Die Ösis treiben es 112mal im Jahr und sind ssupergut drauf. Die Japaner in ihren Reispapierschlafzimmern jedoch sind nur 43mal im Jahr am japsen (!). Da sind wir Sylter (das behaupte ich jetzt einfach mal...) eher wie die Bonobo-Äffchen. Aber das ist dann wieder eine ganz andere Geschichte!

Anschließend ergatterte sie

einen Top-Job in Baden-Ba-

den, und zwei Jahre arbeite-

te sie dann noch in Sydney.

Schließlich ehelichte sie den

Sohn eines Sylter Familien-

hotel-Besitzers. Da er sich

segensreich im Bauausschuss

seiner Gemeinde einbrachte,

konnte das Hotel groß erweitert werden und ein klei-

nes Friesenhaus passte auch

noch aufs Grundstück. Do-

reen vermisst zwar ein eige-

nes Reitpferd, erreicht aber

dennoch fette 45 Prozent

auf der Glückskala. Erstaun-

lich! Der statistische Mittel-

wert auf Sylt liegt höher als

im Bund - um genau ein

Prozent. Das Leben auf der

Goldstaubinsel macht ein-

fach Happy...

ren, denn auf der Rückfahrt von einem Benefiz-Bankett in der Sansibar geriet er in eine Polizeikontrolle. Lappen weg! Außerdem hat ihm sein Hausarzt dringend empfohlen, mindestens zwanzig Kilo abzuspecken. Nur dadurch ließen sich die Probleme mit dem Bluthochdruck und den Kniegelenken einrenken. Auf Nachfrage schätzt Peter-Harro

diesen spanischen Handwer-

kerrechnungen auf sich habe.

Man hätte gerne mal einige

Erläuterungen zur bisher ver-

schwiegenen Immobilie in

Marbella.

Manfred Degen ist vielen bekannt als der Sylter Insel-Kabarettist, tritt aber auch bundesweit auf und ist auf Firmenevents oder Incentive-Veranstaltungen ein gern gesehener und viel gebuchter Unterhaltungskünstler

Info: www.Manfred-Degen.de

Mut zur Veränderung!

In auffälligem Kontrast zur gegenwärtigen programmatischen Veränderungsdynamik der Union steht deren Wahrnehmungsprofil in der Bevölkerung. Nach wie vor gelten die Christdemokraten als altbacken und spießig. Von Esprit keine Spur. Lust auf Politik versprühen die leidenschaftslos wirkenden Protagonisten ganz selten. Dabei haben sich die Lebensstile vieler Berufspolitiker der Union - im Bund, Land und auch vor Ort - durchaus dem gesellschaftlichen Mainstream angepasst: Man lebt in Lebensabschnittspartnerschaften, darf auch schwul/lesbisch sein und natürlich nichteheliche Kinder zeugen. Auch Christdemokraten kaufen fair ein, sind ökologisch sensibel, speisen PV-Strom vom Hausdach ins Stromnetz oder zeichnen nachhaltige Fonds für ihre Altersversorgung.

Kurzum: Die Lebenswelt in unserem Land hat sich stärker verändert, ist vielfältiger und bunter geworden, als es die alten Etiketten auf den Parteischubladen auszudrücken vermögen. Mit welchem Wertekanon kann eine "konservative" Volkspartei in unserer veränderten Gesellschaft wieder reüssieren?

Ich rate meiner Partei, auch in einer säkularisierten Gesellschaft, zum Bezug auf ein christlich-humanistisches Menschenbild. Der Mensch in seiner personalen Würde steht ohne Einschränkung im Fokus politischen Handelns. Er soll sich - ohne Rücksicht etwa auf Herkunft, Meinung und Neigung oder Alter - mit seinen Talenten in Freiheit entfalten können. Doch der Mensch als soziales Wesen hat auch eine Bringschuld gegenüber der Gesellschaft: Seine Freiheit findet seinen Grenzen da, wo sie die Freiheit von Mitmenschen einschränkt. Der Mensch hat deshalb Verantwortung für sich und andere. Er muss, sofern er gesund ist, auf eigenen Füßen stehen, sich durch eigene Leistung im Leben bewähren. Diese Verantwortungsethik lebt er seinen Kindern

vor, bekennt sich dazu auch, wenn die Beziehung der Eltern scheitert.

Zu dieser Verantwortung gehört das selbstverständliche Einstehen füreinander in der Familie - über die Generationen hinweg! Denn niemals wird eine Gesellschaft, erst recht nicht eine alternde Gesellschaft, diese familiäre Eigenverantwortung durch kollektive Solidarität ersetzen können. Das wäre nicht nur unbezahlbar, sondern auch unmenschlich, weil der Staat damit die älteste und archaische Verantwortungskeimzelle der Gesellschaft, die Familie, aushöhlte.

Mit diesem Postulat lässt sich auf vielen Politikfeldern überzeugend argumentieren, ob auf dem Feld der Umweltpolitik ("Schöpfung bewahren!"), in der Sozial- und Wirtschaftspolitik (Subsidiarität statt Daueralimentation!) oder in der Haushalts- und Finanzpolitik (exorbitante Staatsverschuldung verstößt gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit).

Dieses Wertefundament machte für mich eine christdemokratische Volks-



Oswald Metzger ist Mitglied des MIT-Bundesvorstandes. Er war MdB und Finanzpolitiker der Grünen, gehört seit 2008 der CDU an und ist Mitglied im CDU-Landesvorstand B-W

partei aus, die bei allen tagespolitischen Zwängen trotzdem über einen inneren Kompass verfügt. Eine solche Partei könnte für sich in Anspruch nehmen, im besten Sinn das Gemeinwohl zu verkörpern, weil sie einen fairen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit schafft, wie sie auch übermäßigen Gegenwartskonsum als Raubbau an der Zukunft diskreditiert. Eine solche Partei muss sich als Gralshüterin der Haushaltsdisziplin positionieren und sich eine demografiefeste Ausgestaltung der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung auf die Fahnen schreiben.

Für mich gehört zum unverzichtbaren Kernbestand einer konservativliberalen Union auch das Bewusstsein über die Stellung des selbstständigen Mittelstands in unserer Gesellschaft. Geradezu sträflich wird derzeit in der Politik das Unternehmertum missachtet. Dabei leisten Millionen Selbstständige tagtäglich eine Arbeitsleistung, die persönliche Haftung und Verantwortung mit unternehmerischem Wagemut verbindet. Der selbstständige Mittelstand stellt ökonomisch das Rückgrat unserer Volkswirtschaft dar. Er finanziert über die Löhne von zig Millionen Beschäftigten ganz überwiegend die Sozialversicherungen und trägt direkt oder indirekt einen erheblichen Anteil zum Steueraufkommen bei. Tausende von Kleinbetrieben verschwinden jährlich vom Markt, sterben leise und unbeachtet von der Politik. Dagegen geben sich auch konservative Politiker die Klinke in die Hand, wenn Konzerne in Krisenphasen nach staatlichen Subventionen gieren.

Eine konservative Partei muss wahrhaftig und glaubwürdig in ihrer Programmatik und mit ihrem Personal verkörpern, dass der Staat kein Selbstbedienungsladen für Partikularinteressen ist. Eine faire Gesellschaft, in der Abermillionen Menschen in Freiheit und Verantwortung ihr Leben gestalten können – in Würde und gegenseitigem Respekt, in Verantwortung vor der Natur und vor künftigen Generationen - ist für mich anzustrebendes Ziel einer wahrhaft konservativen Politik.

Mittelstand vor Ort



Vorsitzender Rolf Delhougne (rechts stehend) und Vorstandsmitglied Bernd Krings im Kreis der Schausteller auf der Dürener Annakirmes

Zu einem politischen Austausch auf der Annakirmes in Düren trafen sich die Schausteller und Beschicker der Dürener Annakirmes. Bei gemütlicher Runde sprach man über aktuelle Themen des Schaustellergewerbes, insbesondere über das Problem der enormen Kosten für Benzin, Energie und Personal. Rolf Delhougne als Bezirksvorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung und sein Team trafen sich im Biergarten von Bruno Dreeszen, einem CDU-Mittel-

ständler. Das Wetter spielte mit, gute Laune war angesagt. An diesem jährlichen Gedankenaustausch nahmen auch Annakirmesbeschicker aus der gesamten Bundesrepublik teil. Rolf Delhougne, der auch Vorsitzender des Dürener MIT-Kreisverbandes ist, mit über 600 Mitgliedern einer der größten und aktivsten in ganz Deutschland, wies darauf hin, dass gerade das Gespräch an der Basis mit den Mittelständlern wichtig ist.

Mittelstand kocht

Zu einem außergewöhnlichen Termin konnte der Bundestagsabgeordnete Dieter Jasper die Vorstandsmitglieder der MIT Steinfurt einladen. Gemeinsam besichtigten die Teilnehmer die Räumlichkeiten des Küchenherstellers Palstring. Im Rahmen der Küchenausstellung führte der Geschäftsführer Holger Palstring Innovationen in der Küchentechnik vor. Zum Abschluss der Betriebsbesichtigung wartete dann noch ein kulinarisches Highlight auf die Teilnehmer. Beim gemeinsamen Kochen erlernten einige neue Fähigkeiten und knüpften interessante Kontakte. Dabei wurden die Mitglieder von Sebastian Roters unterstützt, Koch und Inhaber des bekannten Hotel-Restaurants Holskenbänd aus Horstmar.



Holger Palstring (5.v.l.) demonstrierte Innovationen in der Küchentechnik

Mittelstand und Ethik

Kann die Einhaltung moralischer Werte die Bilanz eines Unternehmens positiv beeinflussen? Ja, sie kann. Dieser Überzeugung ist jedenfalls Frank Straub, langjähriger Geschäftsführer des Küchentechnik-Herstellers Blanco CS in Oberderdingen. Als Referent der MIT Mittelbaden diskutierte er mit rund 75 Unternehmern im Porsche-Zentrum Sinzheim über die Vorteile einer menschlichen Geschäftsführung. In seiner Begrüßung erinnerte der MIT-Kreisvorsitzende Peter Hertweck daran, dass psychische Störungen und Depressionen mittlerweile zu den häufigsten Volkskrankheiten zählten und sich negativ auf die Wirtschaftsentwicklung auswirkten. Der Verfall moralischer Werte sei dabei ein entscheidender Faktor. Dem könne nur Transparenz und Vertrauen entgegenwirken. Gemäß ethischer Unternehmensleitlinien muss sich der Manager als ehrbarer Kaufmann verstehen, einen kooperativen Führungsstil pflegen und auch im Sinne des Gemeinwohls handeln. Gerechtigkeit und Fairness, Offenheit und Lob seien wesentliche Bestandteile des sogenannten Ethik-Managements, so Straub.



Frank Straub erläutert, warum es auf eine stärkere Einbindung der Mitarbeiter ankommt.

Mehr miteinander als übereinander reden

Der CSU-Vorsitzende Seehofer (Mitte), begleitet von seinem Finanzminister Fahrenschon (zweiter von links) nahmen sich zwei Stunden Zeit zur Diskussion mit den MU-Vorständlern um Hans Michelbach (Mitte links neben Seehofer)

Seehofer stellt sich offenem Dialog mit der MU

Der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzende Horst Seehofer war zu Gast beim Landesvorstand der Mittelstands-Union (MU) und hat sich den Fragen der Mittelständler gestellt. Zudem war auch noch der Bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon, MdL, als kooptiertes Vorstandsmitglied vor Ort und erteilte den Steuererhöhungsplänen manches CDU-Abgeordneten einer klare Absage: "Wir sind in der Pflicht, unsere Zusagen, die wir vor der Wahl gemacht haben, auch einzuhalten. Und daher gehört die steuerliche Entlastung der Mittelschicht zu unseren Plänen für die zweite Halbzeit der Berliner Koalition. Alles andere ist ökonomischer Unsinn."

Der Vorsitzende der MU, Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, eröffnete die Debatte ohne besondere Zurückhaltung: "Unser Verhältnis war in letzter Zeit nicht immer optimal, deshalb ist es uns wichtig, dass Du, lieber Horst, die Sorgen unserer Mitglieder aus erster Hand erfährst." Zahlreiche Vorstandsmitglieder nutzten die Gelegenheit und formulierten strukturiert und konstruktiv, wo sie derzeit Probleme zwischen Politik und Wirtschaft sehen. Große Themen waren die Energiewende, die Steuerpolitik und der Umgang innerhalb der Partei. Seehofer, der sich weit über zwei Stunden für das Gespräch Zeit genommen hatte, war beeindruckt vom enormen Fachwissen, das er in den Reihend er MU vorfand: "Die CSU braucht so lebendige und fachkundige Arbeitsgemeinschaften wie die MU. Was beispielsweise der Fachausschuss Steuern und Haushalt leistet, ist enorm."

Um das Wissen auch in konkrete Politik umsetzen zu können, schlug er die Bildung eines Finanzausschusses der CSU vor, was die MU-Vorständler begeistert aufnahmen. Die beiden Leiter des Fachausschusses Steuern und Haushalt, Wolfgang Oswald und Peter Götz, werden gemeinsam mit je einem Bundestags- und einem Landtagsabgeordneten unter der Leitung des Bayerischen Finanzministers Georg Fahrenschon ein steuerpolitisches Konzept für die CSU erarbeiten. "Da habt Ihr mein Wort, wir treffen uns dann in der Staatskanzlei und diskutieren das ausführlich", sagte Seehofer.

Der Umgang mit den Grünen wurde ebenfalls thematisiert: "Ich habe keine Zweifel, dass die Grünen sich mit jedem ins Bett legen, nur damit die CSU nicht mehr regiert. Sie sind keine bürgerliche Kraft, sondern eine ideologiegeprägte linke Partei", stellte Seehofer fest. Michelbach

und Seehofer riefen beide zu mehr Geschlossenheit auf. "Ja, wir werden weiter offen unsere Meinung sagen. Aber wir wollen das in Zukunft in einem solchen direkten Dialog mit Dir wie heute. Nur so können wir Erfolg haben", sagte Michelbach.

PKM bittet zum Arbeits-Frühstück



Einmal im Monat ist es immer soweit: Der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) und stellvertretende Vorsitzende der Mittelstands-Union der CSU, Klaus Dieter Breitschwert, lädt zum Arbeitsfrühstück ins Bayernzimmer des Bayerischen Landtages. Breitschwert hat mit dem von ihm initiierten Frühstück des PKM der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag ein Austauschforum von MU-Mitgliedern, Abgeordneten und externen Experten geschaffen.

Klar und streng sind die Regeln. "Wir tagen von 8 bis 9 Uhr, unser Gast hat 15 – 20 Minuten Zeit, sein Thema vorzustellen und im Anschluss erfolgt eine intensive Diskussion", erläutert Breitschwert das Konzept. Auf den letzten Sitzungen referierte zum Beispiel der Präsident des Bayerischen Handwerkstages, Heinrich Traublinger, zu aktuellen Themen des Handwerks oder Andreas Eule vom Verband der Chemischen Industrie über die Herausforderungen der Energiewende.

Sind Familienunternehmen die besseren Unternehmen?

Für eine Festveranstaltung der MIT-Kreisverbände Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und Havelland konnte der Urenkel des Bielefelder Lebensmittelfabrikanten August Oetker, der Unternehmer Dr. Arend Oetker, als Ehrengast gewonnen werden. Das Thema seines Gastvortrages lautete "Sind Familienunternehmen die besseren Unternehmen?". "Familienunternehmen sind Langstreckenläufer, sie denken anders als Politiker nicht in kurzen Wahlperioden", betonte Oetker, der auch zu aktuellen politischen Themen wie der Energiewende und der Bedeutung des Euro Stellung nahm. "Familienunternehmen machen den überwiegenden Teil der deutschen Wirtschaft aus. Sie sind wichtige Säule und wesentlicher Baustein der Sozialen Marktwirtschaft", betonte der Vorsitzende der MIT Potsdam, Andreas Ehrl.



Unternehmer im Gespräch Arend Oetker (Mitte)

Mittelständler auf dem Holzweg

Der Besuch eines holzverarbeitenden Unternehmens stand bei der MIT Fulda Süd auf dem Programm. Der MIT-Vorsitzende Gerhard Bellinger hatte MIT-Mitglieder und interessierte Gäste zu einem Rundgang durch das Sägewerk der Gebrüder Hosenfeld in Hainzell eingeladen. Das Unternehmen wird bereits in der vierten Generation von der Familie Hosenfeld geführt.

Erfolgsgaranten des Unternehmens sind bereits jahrzehntelang nicht nur Spezialisierung, Erfahrung und Qualitätsprodukte, sondern auch eine gute Lage des Unternehmensstandorts im Gewerbegebiet Hainzell. Mit einem Team von über 50 qualifizierten Mitarbeitern stellt das regionale und traditionsverbundene Unternehmen eine Vielzahl von Produkten her.



Mittelständler im Sägewerk Hosenfeld

Wolfgang Bosbach MdB zu Besuch bei der MIT

Auf Einladung der CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Christa Lenderich und des MIT-Stadtverbandsvorsitzenden Andreas Volkerey in Ochtrup, besuchte der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Wolfgang Bosbach, MdB, das Unternehmen Stahl- und Anlagenbau Alfred Woltering. Gemeinsam mit ihm ließen

sich der MIT-Kreisvorsitzende Dieter Jasper, MdB, und Jens Spahn, MdB, auf einem Rundgang die Unternehmensabläufe erläutern. In seinem anschließenden Vortrag vor gut 60 Zuhörern forderte Wolfgang Bosbach mehr Gelassenheit in Deutschland und unterstrich. dass Deutschland die Wirtschaftskrise besser gemeistert hat als viele andere Länder.

Regionales Mittelstandsnetzwerk kommt in Fahrt

Weit mehr als 100 Personen. darunter namhafte Persönlichkeiten der Region, hatten sich auf Einladung der MIT Calw-Freudenstadt zu einem Jazz-Frühstück in Bad Teinach-Zavelstein im Wanderheim der Familie Berlin getroffen. MIT-Chef Ulrich Kallfass hat in seiner Rede noch einmal aufgerufen: "Wir müssen uns verändern, damit sich etwas ändert. Der Landkreis braucht neue

Wege. Wir brauchen wirksame Konzepte zur Verbesserung der Infrastruktur, des wirtschaftlichen Umfeldes und zur Erhöhung der Einwohnerzahlen. Dazu brauchen wir ein regionales Mittelstandsnetzwerk." Der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Blenke unterstützte in seiner Rede das Vorhaben. Dem schloss sich auch der Oberbürgermeister der Stadt Nagold, Jürgen Großmann, an.



Die MIT Calw-Freudenstadt macht mobil: Gemeinsam für ein starkes Mittelstandsnetzwerk

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT Württemberg-Hohenzollern

Die Bezirksvorsitzende der MIT Württemberg-Hohenzollern, Margarete Reiser, wurde für weitere zwei Jahre mit über 90 Prozent der Stimmen in ihrem Amt bestätigt. Als Stellvertreter stehen ihr Ursula Kowalewski. Hermann Manall und Kruno Zivkovic zur Seite. Den Vorstand komplettieren Edeltraut Schüle als Schriftführerin, Adolf Knoll als Pressereferent, Andreas Hintz als Schatzmeister, Bastian Atzger als Internetbeauftragter und weitere 15 Beisitzer. Mit dem Wirtschaftsexperten Peter Jungen (MIT-Bundesschatzmeister und Ehrenpräsident der SME Union) hatte der MIT-Bezirksverband im Anschluss die Gelegenheit, das Thema "Europa in einer globalisierten Welt – Bedrohung oder Hoffnung" näher zu beleuchten.

MIT Tübingen

Die MIT Tübingen hat einen neuen Kreisvorstand. Der Tübinger Unternehmer Walter Germey, der als Kreisvorsitzender über viele Jahre hinweg erfolgreich die Geschicke des Verbandes geleitet hatte, trat nicht mehr zur Wiederwahl an. Zu seinem Nachfolger wurde der 42-jährige Jost Brimo gewählt, der daneben auch für die Öffentlichkeitsarbeit der MIT verantwortlich zeichnen wird. Stellvertreter wurden loachim Braun und Dr. Armin Betz. Die Finanzen der MIT sind auch künftig Dr. Hans-Jürgen Hoheisel anvertraut. Als Beisitzer gehören dem Kreisvorstand außerdem Gisela Schmeel-Raasch, Volker Anhalt sowie Hartmut Mezger an.



Der neue Vorstand der MIT Tübingen (v.l.n.r.): Gisela Schmeel-Raasch, Jost Brimo, Walter Germey, Hartmut Mezger, Joachim Braun und Dr. Hans-Jürgen Hoheisel.

Bundesschatzmeister Peter Jungen

hat den Europapolitikern der Europäischen Volkspartei (EVP) in einem Brief ordentlich die Leviten ob ihres Abtauchens in der Schuldenkrise gelesen. An den EVP-Vorsitzenden Wilfried Martens schrieb Jungen unter anderem: "Einmal mehr machen die europäischen Staatenlenker den Eindruck, dass sie von den Ereignissen getrieben, von den Märkten schockiert und von den Banken in Geiselhaft genommen wurden."

Thomas Köster mit Ehrenplakette ausgezeichnet

Der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Düsseldorf und MIT-Landesvorstandsmitglied in NRW, Dr. Thomas Köster, wurde mit der Ehrenplakette der Handwerkskammer Münster ausgezeichnet. Der Präsident der Kammer Münster, Hans Rath, würdigte Köster als engagierten Repräsentanten des Handwerks. Die Auszeichnung war gleichzeitig auch eine Anerkennung seines erfolgreichen Einsatzes auf politischer Ebene.

MIT Gütersloh

Die MIT Gütersloh begrüßte kürzlich den MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen zu einer Diskussionsveranstaltung unter dem Motto "Bleibt konservativ modern?". "Konservatives Denken lehnt den Fortschritt nicht ab, aber prüft ihn auf sein Verbesserungspotential. Nicht umstürzen und zerstören muss die Aufgabe des verantwortlichen Politikers lauten, sondern zugleich erhalten und verbessern", führte Lehnen aus. Die Debatte über das konservative Profil der CDU habe im vergangenen Jahr wieder



an Schwung gewonnen. Grund dafür seien Wahlergebnisse, die hinter den Erwartungen zurück bleiben und das Ausscheiden einer Reihe prominenter Konservativer aus der aktiven Politik.

Konservativ heißt. die Wurzeln unseres Landes pflegen und die Identität bewahren (v.l.n.r.): Dr. Michael Brinkmeier, MdL, Hans-Dieter Lehnen und Kreisvorsitzender Bernd Tischler

Iohannes Callsen

ist neuer Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein. Er löst Christian von Boetticher ab. Callsen ist MIT-Mitglied und war bisher wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

10. MIT-Bundesdelegiertenversammlung

vom 28. bis 29. Oktober 2011 in Deggendorf/Bayern

Alle zwei Jahre lädt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zu ihrer Bundesdelegiertenversammlung ein. Unter dem Motto "Aktiver Mittelstand - verlässliche Politik" werden in diesem Jahr in den Deggendorfer Stadthallen wieder über 600 Delegierte und mehr als 200 Gäste aus Politik und Wirtschaft, dem In- und Ausland sowie zahlreiche Vertreter der Medien erwartet.

Folgende Programmpunkte stehen u.a. auf der Agenda:

- Rede der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB
- ▶ Rede des Parteivorsitzenden der CSU, Ministerpräsident Horst Seehofer
- Neuwahlen des Bundesvorstandes
- Beratung des Leitantrages sowie weiterer Anträge
- Bayerischer Abend auf der Donau

Wer Interesse hat, als Gast an der 10. MIT-Bundesdelegiertenversammlung teilzunehmen, kann sich gern an die MIT-Bundesgeschäftsstelle unter info@mittelstand-deutschland.de wenden.

Liebe MIT-Streiter,

haben Sie schon einmal etwas vom "Regierungsentwurf des Gesetzes zur Optimierung der Geldwäscheprävention" gehört? Nein? Ich bis vor wenigen Wochen auch nicht. Und als ich zum ersten Mal las, wie dieses Gesetz Unternehmerinnen und Unternehmer sowie deren Kundinnen und Kunden unter Generalverdacht der Geldwäsche und der Terrorismusfahndung stellen möchte, da habe ich zunächst an einen verspäteten Aprilscherz geglaubt. Oder an einen Versuch der Linken zur Knechtung deutscher Unternehmen. Weit gefehlt. Den Entwurf hat die deutsche Bundesregierung von Union und FDP am 11. Mai 2011 verabschiedet, federführend ist das CDU-geführte Bundesfinanzministerium.

Er senkt die sog. "Zahlscheingrenze" von bisher 15.000 auf 1.000 Euro und weitet die bisher nur für Banken und Kreditinstitute bestehenden Regelungen auf alle Gewerbetreibenden aus, die mit Gütern handeln. 1,65 Millionen Unternehmen wären betroffen, unter anderen auch kleine Onlineshop-Betreiber, Lebensmittel-, Textil- und Autohändler, Immobilienmakler und Industrieunternehmen, die Maschinen verkaufen. Der Gesetzentwurf überzieht die betroffenen Unternehmen mit neuen Bürokratiepflichten, die der DIHK mit einem jährlichen Kostenaufwand von 1,15 Milliarden Euro beziffert. Jedes dieser Unternehmen muss

einen Geldwäschebeauftragten samt Stellvertreter bestellen und schulen. Ursprünglich war vorgesehen, auch Einmann-Unternehmen zur Bestellung eines solchen Geldwäschebeauftragten und eines Stellvertreters (!) zu verpflichten.

Unser niederbayerischer Kollege Peter Erl machte seinem Unmut deutlich Luft und schrieb an "seinen" Ministerpräsidenten Horst Seehofer: "Eigentlich hätten wir von unseren politisch Verantwortlichen sofort informiert werden müssen oder wären wir erst gefragt worden, wenn das Gesetz schon in Kraft getreten ist? Ich hoffe, dass alle mithelfen, dass dieser bürokratische Unsinn nicht Gesetz wird, siehe ELENA. Was wird uns Mittelständlern noch alles aufgebürdet, und dabei redet jeder von Bürokratieabbau!"

Wie Recht Peter Erl hat! So reiht sich Mosaikstein an Mosaikstein, so vervollständigt sich das Bild der Unzufriedenheit mit und der Enttäuschung über diese Bundesregierung, von der unterbliebenen Information an uns Betroffene durch unsere Bundestagsabgeordneten ganz zu schweigen.

Schreiben Sie mir doch bitte, wie Sie das sehen.

Weitere Infos zu diesem Thema unter www.dihk.de (Suchwort: Geldwäscheprävention)

Ich wünsche Ihnen, liebe MIT-Streiter, einen schönen Urlaub.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

Mittelstands Magazin

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH Geschäftsführer Günter F. Kohl Gärtnerkoppel 3 24259 Westensee Telefax: 04305 / 992 993 E-Mail: info@mitmagazin.com www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.) E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

BilderBox

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee Brigitte Kohl Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993 E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Verlagsvertetung Getz, Nielsen I, II, VI , VII Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09 Nielsen III a, III b, IV, V über den Verlag

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel Telefon: 0431/542244, Telefax: 0431/2603566 E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Evers-Druck GmbH Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:

GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Unglaublich.



Aber für clevere Geschäftskunden wahr: die attraktiven Editionsmodelle im unfassbar günstigen Leasingangebot¹.

Technik-Service für nur 20€ im Monat



Avensis Edition 2,0 D-4D Combi für

289 € mtl. Leasingrate² Verso Edition 2,0 D-4D Kompakt-Van für

299 € mtl. Leasingrate²



Effizienz & Fahrspaß

Entdecken Sie jetzt unsere Firmenwagen der Extraklasse: die Sondermodelle Verso Edition und Avensis Edition – jetzt für unsere Geschäftskunden mit den besonders attraktiven Leasing- und Serviceangeboten.

Erfahren Sie mehr auf toyota-fuhrpark.de

Nichts ist unmöglich. Toyota.

¹Diese Angebote richten sich ausschließlich an Geschäftskunden, nicht an Verbraucher.

²Nur bei teilnehmenden Toyota Vertragshändlern auf Basis der unverbindlichen Preisempfehlung der Toyota Deutschland GmbHinkl. Metalliclackierung **zzgl. MwSt. und Überführungskosten.** Angebot für Avensis Edition Combi 2,0 D-4D: Die mtl. Leasingrate liegt bei 289,00 € netto bzw. inkl. Technik-Service bei 309,00 € netto. Angebot für Verso Edition 2,0 D-4D: Die mtl. Leasingrate liegt bei 299,00 € netto bzw. inkl. Technik-Service bei 319,00 € netto. Beide Angebote basieren auf einer Laufzeit von 36 Monaten und einer Gesamtlaufleistung von 60.000 km. Weitere Services wie GEZ, Kfz-Steuer, Versicherung etc. können zusätzlich gegen Aufpreis mit abgeschlossen werden. Ein Angebot des Toyota Geschäftskunden Service, ein Produkt der ALD Auto Leasing D GmbH. Dieses Angebot richtet sich an gewerbliche Kunden mit einer Fuhrparkgröße von max. 9 Fahrzeugen und ist **gültig bis 30.09.2011.**

 $Kraftstoffverbrauch der hier genannten \, Modelle \, in \, l/100 \, km \, kombiniert \, 5,6-5,4 \, (innerorts \, 7,1-6,7/außerorts \, 4,7-4,6), \, CO_2-Emissionen \, in \, g/km \, kombiniert \, von \, 146-141, jeweils \, nach \, dem \, vorgeschriebenen \, EU-Messverfahren.$

Die beste Lösung ist manchmal ganz

EINFACH

das Beste für Ihr Unternehmen: Beratung durch Ihren Steuerberater und Unternehmenssoftware von DATEV.

Mit der Software DATEV Mittelstand pro werden viele kaufmännische Aufgaben im Unternehmen einfacher. Auch durch die clevere Verbindung zu Ihrem Steuerberater. Das erleichtert die gemeinsame Arbeit und bietet eine perfekte Basis für Ihren unternehmerischen Erfolg. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater oder unter der Telefonnummer 0800 1001116.

www.datev.de/mittelstand

